



Saar-Verein

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 12
4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Gestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreis 200) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin NW. 11, Königgräßer Straße 44, Fernsprech-Auswahl: Amt Lübow 3249. — Bezugspreis monatlich Mk. 150.—, Preis der Einzelnummer Mk. 100.—. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 erbeten.

Berlin
15. Juni 1925

Abstimmung im Saargebiet.

Nach Art. 49 Abs. 2 des Friedensdiktats von Versailles soll nach Ablauf einer Frist von fünfzehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Friedens die Bevölkerung des Saargebietes zu einer Neuerzung darüber berufen werden, unter welche Souveränität sie zu treten wünscht. Weitere Bestimmungen enthält Kapitel III der Anlage zu dem Abschnitt des Friedensdiktates über das Saarbecken. Danach soll die Bevölkerung des Saargebietes berufen werden, ihren Willen durch eine Abstimmung zu äußern, die gemeindeweise oder bezirksweise über folgende drei Fragen stattfindet:

- Beibehaltung der durch den Friedensvertrag geschaffenen Rechtsordnung;
- Vereinigung mit Frankreich;
- Vereinigung mit Deutschland.

Stimmberechtigt soll sein ohne Unterschied des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung über 20 Jahre alte Person, die bei der Unterzeichnung des Friedens (also am 28. 6. 19) in dem Gebiet gewohnt hat.

Die übrigen Vorschriften, die näheren Einzelheiten und der Zeitpunkt der Abstimmung sollen von dem Rat des Völkerbundes so festgelegt werden, daß eine freie, geheime und unbeeinflußte Stimmenabgabe gesichert ist.

verschiedene Gemeinden des Saargebietes versuchten alsbald nach dem Inkrafttreten des Friedens Listen der Abstimmungsberechtigten aufzustellen, um die vereinstige Erfassung aller Abstimmungsberechtigten sicherzustellen; die Regierung des Saargebietes verbot Vorkehrungen nach dieser Richtung und untersagte die Weiterführung der Listen.

Der Rat des Völkerbundes entschied sich am 31. 8. 22 dahin, die Aufstellung der Listen sollte noch nicht endgültig vorgenommen werden; nur solche Maßnahmen sollten vorbereitet werden, die die Aufbewahrung der erforderlichen urkundlichen Unterlagen für die später aufzustellenden Abstimmungslisten in Archiven ermöglichen. Zum Kommissar für die Aufstellung des Archivs für die Volksabstimmung ernannte der Rat des Völkerbundes am 26. 9. 22 den Schweizer Alfred Bonzon. Sein Bericht führte dazu, daß die Regierung des Saargebietes in Ausführung dieses Beschlusses des Völkerbundsrates vom 28. 4. 23 eine „Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Volksabstimmung“ erließ, durch die eine Reihe von Urkunden (steuerliche Unterlagen, Melderegister, standesamtliche Urkunden, Wahlunterlagen, Volkszählungsmaterial, Unterlagen der Lebensmittelversorgung, Rekrutierungsstammrollen) unter den besonderen Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Diese Urkunden dürfen, so wird bestimmt, weder vernichtet noch verändert werden. Sie verbleiben, so weit sie zum amtlichen Gebrauch noch nötig sind, im amtlichen Gebrauch; auch hier sind aber nur solche Veränderungen erlaubt, die sich im ordnungsmäßigen Geschäftsgang bei der Weiterführung der Urkunden bestimmungsgemäß ergeben. Bei der Benutzung, Verwahrung und Sicherung ist die größte Sorgfalt zu beobachten.

Die Urkunden, die nicht mehr zum amtlichen Gebrauch nötig sind, sind ins örtliche Archiv zu nehmen und so gut als möglich gegen Diebstahl, Feuer, Feuchtigkeit und andere schädigende Einflüsse zu sichern.

Über die vorhandenen Urkunden ist ein Befundbericht dem Kommissar des Völkerbundsrates einzureichen; jede Veränderung des im Befundbericht niedergelegten Tatbestandes ist der Regierung und dem Generalsekretär des Völkerbundes zu melden.

Auszüge und beglaubigte Abschriften aus den Urkunden können jedem Interessenten gemäß den diesbezüglichen Vorschriften und gemäß dem Landesbrauche erteilt werden; Bescheinigungen des Inhalts aber, daß jemand zur Teilnahme an der Volksabstimmung im Jahre 1935 berechtigt sei, sollen nicht erteilt werden.

Verantwortlich für die Durchführung der Verordnung sind die Amtsvertände der Landesbehörden, der Gemeinden und Gemeindeverbände und die von ihnen beauftragten Beamten und Angestellten.

Jede dienstliche Pflichtverletzung und jedes Verrichten, Beiseiteschaffen, Verändern und Beschädigen der geschützten Urkunden ist unter besondere Strafen gestellt.

Die Verordnung bedeutet einen bescheidenen Anfang für die dem Rat des Völkerbundes obliegende Festlegung der näheren Einzelheiten für die Abstimmung; hoffentlich wird der Rat des Völkerbundes, nachdem nunmehr die Unterlagen für die Abstimmungslisten gesichert sind, dem ersten Schritt bald den zweiten folgen lassen und die Aufstellung der Listen selbst in Angriff nehmen, die sich ja nach den Bestimmungen des Friedensdiktates über die Abstimmungsberechtigung leicht schon heute aufstellen lassen; jeder Tag des Aufschubs macht die Arbeit nicht leichter, sondern schwerer.

Es soll aber nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, zu kritisieren, sondern nur zu berichten und hinzuweisen auf die Pflichten, die sich für jeden Stimmberechtigten aus der erlassenen Verordnung ergeben. Da ist von besonderer Bedeutung die schon angeführte Bestimmung des § 9 der Verordnung, wonach jedem Interessenten Auszüge und beglaubigte Abschriften erteilt werden können. Interessent ist jeder, der am 28. 6. 19 im Saargebiet gewohnt hat: denn er ist abstimmungsberechtigt. Es ist außerordentlich wichtig, daß jeder Abstimmungsberechtigte, der seit dem 28. 6. 19 das Saargebiet verlassen hat, sich einen urkundlichen Nachweis darüber verschafft, daß er am 28. 6. 19 im Saargebiet gewohnt hat und daß er diesen Nachweis gut aufhebt: er braucht nur den Antrag an die Landesbehörde oder Gemeindebehörde des Saargebietes zu richten, ihm eine beglaubigte auszugsweise Abschrift der unter den Schutz des Völkerbundes gestellten Urkunden zu erteilen, aus der erhellt, daß er am 28. 6. 19 im Saargebiet gewohnt hat.

Der Saarstandal.

Von Richard Posselt,

Seit Jahr und Tag sind geschäftige französische Journalisten an der Arbeit, dem französischen Volk klar zu machen, daß Frankreich ein wohlgegründetes Recht auf das Saargebiet habe. Je nach der Einstellung der einzelnen Persönlichkeiten ist dieser Anspruch in erster Linie wirtschaftlicher oder politischer, bevölkerungsmäßiger oder kultureller Art. Es ist leider traurige Tatsache, daß sich heute noch in Frankreich "Gelehrte" finden, die mit größter Seelenruhe — sprich Unverantwortlichkeit — den "wissenschaftlichen Nachweis" erbringen, daß das Saargebiet urfranzösisches Gebiet ist, das die "raublustigen Preußen" dem "friedfertigen Frankreich" im Jahre 1815 raubten. Wie gesagt, auf solche Unverantwortlichkeit stößt man in Frankreich nicht einmal und Herr Clemenceau hat diese auf der Friedenskonferenz auf die Spitze getrieben, in dem er mit dem ehrlichsten Gesicht von der Welt seinen Entente-freunden erklärte, im Saargebiet wohnten 150 000 Saarfranzosen, die ihre Rückkehr nach Frankreich wünschten.

Wilson und Lloyd George haben diese Lügen ohne Protest hingenommen, sich aber doch nicht entschließen können, den französischen Absichten auf das Saargebiet in dem gewünschten Umfang entgegen zu kommen. Man begnügte sich mit einer Regelung, die in dem Saarstatut des Versailler Vertrags ihren Niederschlag findet und

- a) die Übertragung der Saargruben an Frankreich „als sichtbares und klares Symbol der Deutschland aufzuerlegenden Reparationen“;
- b) die Verwaltung des Saarberggebietes durch den Völkerbund, „um die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung sicherzustellen“;

Über diese Art der Verwaltung heißt es in einer von Clemenceau unterschriebenen Mantelnote der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den „Friedens“-Bedingungen vom 16. Juni 1919:

„Das Gebiet wird nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Regelung hat den Vorteil, daß hierdurch keine Annexion vollzogen wird. Die Bevölkerung wird in der Zwischenzeit (bis zur Abstimmung nach 15 Jahren, d. Schriftl.) die Kontrolle über ihre eigenen örtlichen Angelegenheiten unter der regierenden Aufsicht des Völkerbundes besitzen.“

Und an einer anderen Stelle wird von den alliierten und assoziierten Regierungen ausdrücklich erklärt:

„Diese Kommission (Regierungskommission des Saargebietes, d. Sch.) ist nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbund verantwortlich, was genügend Bürgschaften gegen jeden Missbrauch der ihr anvertrauten Macht bietet; außerdem wird die Kommission gehalten sein, die Ansicht der gewählten Vertreter des Gebiets zu hören, bevor sie zu irgendwelcher Gesetzesänderung oder zur Erhebung einer neuen Steuer schreitet... Die alliierten und assoziierten Regierungen haben volles Vertrauen, daß die Einwohner des Gebietes keinen Grund haben werden, die neue Verwaltung als eine ihnen fernere stehende zu betrachten als es die von Berlin und München war.“

Alle diese Ausführungen muß man sich von Zeit zu Zeit vergegenwärtigen, wenn man die Entwicklung der Dinge an der Saar ganz begreifen will, man muß sie sich vergegenwärtigen, wenn man verstehen will, was der läufig aufgetauchte Zwiespalt der Meinungen zwischen der französischen und englischen Regierung über die Saarfrage zu bedeuten hat. Er tat sich aller Welt fand durch die mehrfach erwähnte Unterhausdebatte über die Verwaltung des Saargebietes durch die Völkerbundskommission. Die geradezu ungeheuerliche „Notverordnung“ des Herrn Rault fand dort eine Kritik, wie man sie schärfer nicht üben konnte. Das englische Unterhaus ging aber weiter und forderte von der englischen Regierung, sich ihrer Pflicht als verantwortliches Mitglied des Völkerbundes bewußt zu sein und für Abhilfe zu sorgen.

Diesem Antrage entsprechend beschloß die britische Regierung,

in der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates am 24. Juni durch ihren Vertreter den Antrag auf Errichtung eines Untersuchungs-Ausschusses einzubringen, der gewisse Vorgänge bei der Saargebiet-Regierung zu prüfen hat. Das englische Auswärtige Amt hat hier von alle im Völkerbundrat vertretenen Mächte durch eine Note benachrichtigt.

Am 31. Mai wurde am Quai d'Orsay bestätigt, daß eine solche Note eingetroffen ist, desgleichen teilte der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, dem französischen Außenministerium mit, daß der englische Vorschlag, eine Enquête-Kommission einzurichten, die die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet prüfe, bereits auf die Tagesordnung

der am 25. Juni zusammenzutretenden Tagung des Völkerbundsrates gesetzt wurde.

Und nun gekrönt etwas, was gewisse Idealisten, "Pazifisten" und Französischwärmer aus allen Himmeln röhren: In Paris erhob sich ein Wirgeschrei, das deutlich erkennen ließ, was es mit dem seinerzeitigen Schreiben der alliierten und assoziierten Regierungen auf sich hat: „Diese Kommission ist nicht der französischen Regierung unterstellt!“ Was man im Saargebiet seit langem weiß, was wir so und so oft auf das einwandfreiste bewiesen haben, jetzt wurde es aller Welt klar: Die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission ist ein der französischen Regierung völlig untergebenes Organ.

Es war außerordentlich lebreich, zur Zeit der ersten Aufrührung in Paris über den englischen Antrag die französische Presse zu verfolgen; man konnte aus ihren Auszügen so manches unfreiwillige Geständnis vernehmen, das man für die Zukunft gut festhalten muß. Auch die Haltung der französischen Regierung ist außerordentlich vielsagend. Am Quai d'Orsay wurde Pressevertretern erklärt, daß die französische Regierung die englische Forderung glatt abweisen werde. Der Versailler Vertrag besagt nirgends, daß der Völkerbund eine Untersuchungskommission über die Verwaltung des Saargebietes einsetzen könne, d. h. eine Kommission zur Untersuchung von Maßnahmen der Regierungskommission, die den Völkerbund in Saarbrücken vertrete. In gewissen politischen Kreisen wurde auch die Ansicht vertreten, daß Frankreich nötigenfalls damit drohen werde, seine Vertreter aus dem Völkerbund zurückzuziehen falls England auf seiner Forderung bestehen bleibt.

Am 2. Juni wurde der französische Botschafter in London von dem britischen Außenminister Lord Curzon empfangen, dem er die Antwort der französischen Regierung in bezug auf die Saarfrage mündlich vortrug. Der französische Botschafter machte — so meldete wenigstens der „Temps“ — im besonderen geltend, daß die Entscheidung einer Untersuchungskommission durch den Völkerbund in das Saargebiet, wie sie die englische Regierung vorschlägt, in Widerstreit mit den Rechten stünde, die Frankreich durch den Versailler Vertrag erhielt.

Der „Temps“ hat allerdings keine Erklärung darüber gegeben, worin der Widerstreit liegen sollte, da die Verwaltung des Saargebietes durch den Völkerbund mit der Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich nicht das mindeste zu tun hat. Oder sollte der „Temps“ Sorgen darüber haben, eine wirklich neutrale Untersuchungskommission könnte auch die Zusammenhänge feststellen, die zwischen Saarregierung (Adler, Rollin u. Co.), französischer Propagandastelle im Saargebiet (Richert u. Gen.) und französischer Grubenverwaltung in Saarbrücken (Zimmer 17 und 18 der Bergwerksdirektion, Monsieur Köchlin u. w.) bestehen?

Uebrigens verdienen einige Ausführungen des „Temps“ angesichts der jüngsten französischen Bluttaten im Ruhrgebiet und der ungezählten französisch-polnischen Morde seinerzeit in Oberschlesien besondere Beachtung. Das französische Chauvinistenblatt schrieb u. a.:

„Dank dem so geschaffenen Regime sei man bis jetzt dazu gekommen, das Wohlleben und die Rechte der Bevölkerung ohne Blutvergießen, das unglücklicherweise in Oberschlesien und anderwärts erfolgte, zu sichern. (!!) Die Saarländer hätten viel ruhiger gelebt als beispielsweise die Irlander. Es sei klar, daß eine internationale Enquête in Verfolg einer anti-französischen Kampagne nur alle Feinde Frankreichs ermutigen und zu gleicher Zeit die Autorität der Regierungskommission untergraben werde. Im Interesse des Völkerbundes und im allgemeinen Interesse sei es also klug, keine Enquête im Saargebiet zu verlangen.“

Der „Temps“ ist also anscheinend etwas darüber enttäuscht, daß durch die französische Soldateska im Saargebiet nicht mehr Bluttaten verübt wurden, wie das sonst üblich ist. Und die untergründene Autorität der Saarregierungskommission? Sie kann nicht mehr untergraben werden, als es durch Frankreich und durch das Verhalten eben dieser Regierungskommission geschehen ist. Wo so augenscheinlich und handgreiflich die vollkommene Abhängigkeit der Regierungskommission von Paris nachzuweisen ist, da kann kein Vertrauen herrschen, daß diese Regierungskommission loyal und unparteiisch ihre Aufgaben erfüllt, da kann keine Achtung vor einer Regierungskommission bestehen. Die Saarregierungskommission hat durch ihre Handlungen sich selbst jede Autorität verscherzt. Das beweisen Ihnen an Hand einwandfreier Feststellungen die politischen Parteien und Landesradsfraktionen in einer Denkschrift, die sie soeben dem Völkerbund überreicht haben und in dem sie rüchhallos erklären:

"Durch Engherzigkeit und Mißachtung vertriebener Rechte, durch Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Bevölkerung und durch Mißbrauch der ihr anvertrauten Gewalt hat die Regierungskommission es in kurzer Zeit erreichen können, daß sie alles und jedes Vertrauen in der gesamten Bevölkerung verloren hat."

Der englisch-französische Meinungstreit über die Saargebiet verwaltung hat aber noch weitere interessante Einzelheiten offenbart. So erklärte die französische Presse am 1. Juni u. a.: Frankreich werde geltend machen, daß nach den Versailler Bestimmungen das Völkerbundesregime im Saargebiet nur Geltung haben soll, falls nicht eine anderweitige Regelung zwischen Frankreich und Deutschland vereinbart wird. Am Quai d'Orsay wurde hierzu bemerkt, die Möglichkeit einer Heranziehung dieser Versailler Bestimmungen erscheine nicht ausgeschlossen.

Welche „anderweitige Regelung“ man hierbei in Paris im Auge hat, geht aus der Meldung nicht hervor. Sollte Frankreich etwa beabsichtigen, in Verbindung mit dem Rückenbruch auf Deutschland einen Druck auszuüben, damit es hinsichtlich der Regelung der Saarfrage zu Koncessions bereit ist? Frankreich wird sich irren, wenn es glaubt, mit einem solchen Druck Deutschland hinsichtlich des Saargebietes zu einem Kuhhandel veranlassen zu können. Für Deutschland gibt es in der Saarfrage kein Verhandeln, es steht auf dem Boden der Versailler Bestimmungen, die leider von Frankreich und der Völkerbundskommission für das Saargebiet bisher mit Füßen getreten wurden. Deutschland verlangt die gewissenhafte Erfüllung dieser Bestimmungen durch den Völkerbund und vor allem auch durch Frankreich.

Weiter ist eine andere französische Meldung von Interesse, wonach bei der Besprechung zwischen dem französischen Botschafter in London und Lord Curzon eine Einigung erzielt worden sei. Die französische Regierung (!!) habe sich bereit erklärt, die Verordnung der Regierungskommission vom 7. März, die bekanntlich den Anlaß zu der englischen Unterhausbeteiligung und zu dem Antrag auf Entsendung einer Untersuchungskommission gab, in dem Sinne abzutun, wie es im englischen Parlament gewünscht wurde. Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf. Hier wird in voller Offenheit ausgesprochen, daß nicht der Völkerbund, sondern Frankreich im Saargebiet regiert, es wird bestätigt, was Eingeweihte längst wußten, daß der Präsident der Saarregierungskommission für das Saargebiet, Herr Rault, seine Direktiven und Ordres lediglich aus Paris bezog. Nach den Versailler Bestimmungen hat die französische Regierung im Saargebiet überhaupt keine Verordnung zu erlassen. Frankreich darf im Saargebiet seinerlei Maßnahmen ergreifen, soweit sie sich nicht lediglich auf die Grubenverwaltung beziehen — und heute erfährt man, daß die französische Regierung die fragliche Mauskorbverordnung erlassen hat, daß sie sich bereit erklärt hat, eine Befreiung vorzunehmen.

Dieses offene Geständnis in der französischen Presse wird man sich merken müssen. Eine Zusage in dem obigen Sinne ist unwidergesprochen in London gemacht worden, wenn sich Lord Curzon auch anscheinend nicht darauf eingelassen hat; denn es heißt, England wolle seinen Antrag auf Entsendung einer Untersuchungskommission ins Saargebiet aufrecht erhalten. England werde seinem Vertreter im Völkerbund den bindenden Auftrag geben, vom Völkerbundsrat feststellen zu lassen, daß er befugt und gewillt sei, Beschwerden über die Saarverwaltung zu untersuchen oder von neutraler Seite untersuchen zu lassen. Poincarés Behauptung, der Völkerbund sei nicht befugt, eine Untersuchung anzuordnen, stelle nach Entscheidungen englischer Juristen einen Versuch dar, die Souveränität des Völkerbundes beiseite zu schieben, um das Saargebiet als ein französisches Mandat zu behandeln. Poincarés weitere Erklärung, wonach überhaupt keine Mißstände in der Saarverwaltung vorhanden seien, sondern die Beschwerden der Saarbevölkerung sich eigentlich nur gegen die Ausnahmeordnung wegen des Streiks richten, wird als Brüskierung des englischen Parlaments und der öffentlichen Meinung empfunden. Unläßlich der Saardebate im Unterhaus ist ganz deutlich zum Ausdruck gekommen, daß jeder sich in England darüber einig war, daß die beankündete Ordonnanz nur ein besonders bemerkenswerter Beweis für die franzosenfreundliche und die deutschfeindliche Verwaltung des Saargebietes sei.

Nach einer Havas-Veröffentlichung bestreitet Poincaré in einer Antwortnote an England den rechtmäßigen Charakter des in London geforderten Verfahrens, da dieses nach ihrer Ansicht gegen den Artikel 46 des Versailler Vertrages verstößt, der Frankreich „volle Freiheit der Ausnutzung des Betriebes der Berg-

werke“ garantiere. Poincaré fälscht mit Absicht diese Bestimmungen, die wörtlich lauten:

„Zur Sicherstellung des Rechts und der Wohlfahrt der Bevölkerung und um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen, nimmt Deutschland die Bestimmungen der Kapitel I und II der Anlagen an.“

Die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung stehen also an der Spitze dieser Bestimmungen, sie sind der Ausbeutung der Saargruben durch Frankreich übergeordnet. Das verschweigt Poincaré und die gesamte französische Presse. Der Bevölkerung sind in dem Kapitel II der Anlage nochmals ausdrücklich ihre Rechte und Wohlfahrt gesichert durch den Hinweis darauf, daß „die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbeden am 11. November 1918 in Kraft waren, mit Ausnahme der mit Rücksicht auf den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen, in Kraft bleiben“. Änderungen dürfen nur in besonderen Fällen und zwar nach Anhörung der gewählten Vertreter durch den Regierungsausschuß (nicht durch Frankreich!) beschlossen und eingeführt werden. (§ 23).

Nach diesen in Kraft gebliebenen Gesetzen dürfte weder durch die Saarregierungskommission, noch weniger natürlich durch Frankreich, die Pressefreiheit, die Versammlungs-, Rede- und Koalitionsfreiheit, die Freizügigkeit der Bewohner irgendwie angetastet werden, wie es durch die fragliche Verordnung geschieht. Niemand in oder außerhalb des Saargebietes hat je davon gedacht, Frankreich an der Ausbeutung der Saargruben zu hindern. Bei dem Streik der Saarbergleute handelt es sich lediglich um einen Wirtschaftskampf, der zwischen Grubenverwaltung und Bergarbeiterchaft ausgefochten wurde. Und zwar ist der Streik veranlaßt worden durch die französische Grubenverwaltung, die ihren Verpflichtungen entsprechend § 12 des Kapitels I der Anlage, die Rechte der Arbeiter unter Vorbehalt der Bestimmungen des § 23 weiter bestehen zu lassen, nicht nachkommt.

Diese Punkte hat Poincaré in seiner Note an England nicht erwähnt. Es ist eine völlige Verschiebung und Mißachtung der Vertragsbestimmungen, wenn Poincaré behauptet, „für die französische Regierung könne die Regierungskommission im Saargebiet nicht der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, und die Notverordnung vom 7. März sei vollkommen rechtsgültig.“

§ 16 des Kapitels II der Anlage besagt wörtlich:

„Die Regierung des Saarbeden wird einem den Völkerbund vertretenen Ausschuß übertragen. Dieser Ausschuß hat seinen Sitz in Saarbrücken.“

Es heißt die französische Unverschämtheit auf die Spülztreiben, wenn Poincaré England und dem Völkerbund zu erklären wagt, der Völkerbund habe sein Recht, die von ihm (dem Völkerbund) eingesetzte Kommission zu kontrollieren. Auch der § 19 des gleichen Kapitels widerlegt die französische Annahme, sich in die Verwaltungsgeschäfte der Saarregierungskommission einzumischen, indem er ausführt:

„Der Regierungsausschuß besitzt im Saarbeden alle Regierungsbefugnisse, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden...“ Mit dieser Bestimmung wird gesagt, daß es vollkommen ausgeschlossen sein muß, daß sich irgendwelche andere Regierung in die Saargebietverwaltung einmischen darf. Es wäre direkter Widersinn, wenn Frankreich, das seinerlei Ansprüche auf das Saargebiet zu erheben hat, ein Recht zustünde, auf die Saargebietverwaltung irgendwelchen Einfluß auszuüben.

Wenn man berücksichtigt, daß der Völkerbund dem Saargebiet gegenüber als Treuhänder austritt, und Frankreich heute in einer amtlichen Note an England erklärt, „der englische Protest werde alsbald gegenstandslos werden, da die von der Kommission angeordneten Ausnahmebestimmungen bis auf weiteres aufgehoben werden sollen“, so muß man sich fragen, wie Frankreich dazu kommt, eine solche Erklärung abzugeben und man muß sich weiter fragen, wie lange die übrigen, dem Völkerbund angehörenden Staaten sich eine solche Vergewaltigung und Bevormundung des Völkerbundes durch Frankreich gefallen lassen wollen. Es ist noch nie deutlicher zum Ausdruck gekommen, als wie gerade jetzt, daß die ganze Völkerbundskommission im Saargebiet eine Farce darstellt, da sie in Wirklichkeit, mit Ausnahme des kanadischen Mitgliedes, ein Organ Frankreichs zur Vorbereitung der Annexion des Saargebietes ist.

Das wird noch deutlicher dadurch, daß der Präsident der Regierungskommission, Rault, sich in den Tagen der französisch-englischen Saardebate sich in Paris aufhielt, in Paris, wo im übrigen die eigentliche Saarverwaltung geleitet wird.

Diese Tatsache sollten die Völkerbundsratsmitglieder berücksichtigen, wenn sie am 25. oder 27. Juni den englischen Antrag auf Untersuchung des Saarskandals besprechen, wollen sie nicht erreichen, daß sich dieser Saarskandal zu einem Völkerbundsskandal auswächst.

Die Franzosen an der Saar.

Aus dem Buche des Engländer S. Osborne.

Übersetzt von Dr. jur. et phil. Klaus Scholl.

Der Engländer Sidney Osborne, der Verfasser der Schrift „Die oberschlesische Frage“, hat unter dem Titel „The French in the Saar“ ein Buch geschrieben, das in den nächsten Wochen erscheinen wird. In folgendem bringen wir in deutscher Übersetzung einige Abschnitte aus dem ausschenerregenden Werke.

K. G.

Um die vollkommene Ungerechtigkeit zu begreifen, in der die Franzosen Deutschland des Saargebiets und insbesondere der dort vorhandenen Kohlevorräte zu berauben beanspruchen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Abtretung der Kohlengruben an Frankreich für alle Zeit mit der Begründung „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben im Norden Frankreichs“ (Teil III, Abschn. IV, Art. 45) verlangt wurde und daß diese Forderung näher bestimmt oder erweitert wurde durch den Zusatz „und als Teilzahlung der ganzen Entschädigung, zu der Deutschland für den aus dem Kriege herrührenden Schaden verpflichtet ist.“ Wir wollen nun diese Gründe einer eingehenden Prüfung unterziehen.

Im nördlichen Frankreich, im Pas de Calais, sind die Franzosen infolge der Kriegsmaßnahmen Deutschlands zeitweilig der Möglichkeit einer vollen Ausbeute der dortigen Kohlengruben mit ihrer jährlich auf 20 Millionen Tonnen geschätzten Förderung beraubt worden. Es wurde weiter ausgerechnet, daß 10 Jahre zur vollständigen Wiederherstellung dieser Gruben erforderlich seien. Jetzt erkennt man indes, daß diese Arbeit in einer viel kürzeren Zeit erledigt werden kann. Daher läßt sich mit Rücksicht auf die allmähliche Wiederaufnahme der Arbeit in diesen Bergwerken füglich berechnen, daß der Ausfall an Förderung vor dem endgültigen Wiederaufbau vermutlich 100 Millionen Tonnen nicht übersteigen wird. Man muß sich gegenwärtig halten, daß durch die Zerstörung von Seiten Deutschlands die Kohlevorräte nicht um eine Tonne verminder wurden. Lediglich die für die Kohlgewinnung erforderliche Maschinerie und Ausrüstung wurde beschädigt oder zerstört und muß daher erst vollständig wiederhergestellt werden, um die Gruben wieder in dem früheren Ausmaß leistungsfähig zu machen. Diese Bergwerke werden nach ihrem restlosen Wiederaufbau genau denselben Wert wie früher besitzen, und bereits jetzt, wo erst drei Jahre seit der Ratifizierung des Friedensvertrags vergangen sind, ist man der Auffassung, daß sie zu 60 Prozent schon wiederhergestellt sind.

Demgegenüber muß Deutschland als Ersatz für den vorübergehenden Ausfall von annähernd 100 Millionen Tonnen das ganze Kohlenreiche Saargebiet abtreten, dessen Gesamtlebigkeit schätzungsweise elf Billionen Tonnen (11 000 000 000) beträgt, eine Menge, die für 1000 Jahre ausreicht. Für diese Ziffern bedarf es keines Kommentars. Sie zeigen ohne weiteres Beweismittel, wie abgeschmackt es ist, wenn Frankreich als Ersatz für einen vorübergehenden Förderungsverlust, der sich möglicherweise auf 100 Millionen Tonnen beläßt, ein Kohlengebiet beansprucht, das gegenüber dieser Menge eine hundertfach höhere Produktionsfähigkeit aufweisen kann. Dazu kommt, daß für diese Entschädigung schon in andern Bestimmungen des Friedensvertrags gesorgt wird, die mit der Reparationsfrage in besonderem Zusammenhang stehen. In Teil VIII, Abschnitt 1, Zusatz V des Vertrages wird folgendes verfügt: Deutschland übernimmt es, Frankreich jährlich sieben Millionen Tonnen zehn Jahre hindurch zu liefern. Außerdem hat Deutschland an Frankreich jährlich zwar für einen zehn Jahre nicht überschreitenden Zeitraum eine Kohlenmenge zu liefern, die gleichkommt dem Unterschied zwischen der jährlichen vorkriegszeitlichen Produktion aus den infolge des Krieges zerstörten Kohlengruben des Nordens sowie des Pas de Calais und der Förderung in demselben Kohlengrubengebiet innerhalb der zehn bewußten Jahre, eine Lieferung, die 20 Millionen Tonnen in jedem der ersten fünf Jahre und acht Millionen Tonnen in jedem der folgenden Jahre nicht übersteigt. Es versteht sich, daß zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete im Norden und Pas de Calais ein angemessener Eifer an den Tag gelegt wird.“

Unter den vorstehenden Vertragsbedingungen wurde Deutschland selbst die Gelegenheit geboten, Vorschläge zu machen, auf Grund deren seine eigenen Ingenieure die Gruben als Aktivposten für seine Reparationsrechnung wiederaufzubauen würden. Es war auch selbstverständlich, daß die diesbezüglichen Lieferungen nach Maßgabe der allmäßlichen Wiederinstandsetzung der Gruben zur normalen Ausbeutefähigkeit sich vermindern würden und vor Ablauf des Vertrags ganz aufhören könnten.

Es kann daher nach den vorerwähnten Tatsachen nicht zweifelhaft sein, daß, wenn die Kohlenfelder an der Saar Frankreich lediglich als Ausgleich für den Förderungsausfall im Norden und Pas de Calais gewährt worden wären, notwendigerweise eine Bestimmung hätte getroffen werden müssen, nach welcher in dem Augenblick, wo die Entschädigungsbedingungen erfüllt wären, die Saargruben Deutschland zurückübereignet würden. Der Mangel einer derartigen Bestimmung und der Umstand, daß die Abtretung auch erfolgt als Teilzahlung der ganzen Entschädigung, zu der Deutschland für den aus dem Krieg herrührenden Schaden verpflichtet ist“, zwingt uns, den letzteren Rechtfertigungsgrund zu prüfen.

Das ganze französische Beweismittel in dieser Beziehung wird durch den Gesichtspunkt entkräftet, daß es unmöglich ist, die Bergwerke zu übergeben, ohne gleichzeitig die Bewohner des Kohlengebiets mit zu überantworten. Noch am 11. Februar 1918 erklärte der Präsident Wilson in einer Ansprache an den Kongreß: „Völker sollen nicht von einer Staatshoheit an eine andere durch eine internationale Konferenz oder eine Verständigung zwischen Nebenbühlern und Gegnern verschoben werden.“ Da die Friedensverträge erheblich diesen Grundsatz verleghen, den der Präsident Wilson aussetzte und den sowohl Frankreich als die anderen alliierten Mächte ausdrücklich annahmen, so muß man ihn vielleicht mehr als ein anderes von Wilson verkündetes und von den alliierten Regierungen als Grundlage für den Frieden angenommenes Prinzip immer wieder nachdrücklich hervorheben. Dieser eine Grundsatz birgt Kraft genug in sich, die schwärmigen Anstrengungen von 32 Regierungen zur Aufrichtung des Weltfriedens zunichte zu machen. Dieser Grundsatz hat alle Berechnungen, die Fragen des Nahen Ostens zu klären, über den Haufen geworfen und wird ebenso sicher alle Berechnungen vereiteln, die auf die Begründung eines dauernden Friedens, sei es in Asien, Afrika, Amerika oder auch in Europa, gerichtet sind.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß dies Gauleispiel mit dem Leben und der Freiheit eines Volksstamms anekantermaßen zu dem Zweck getrieben wird, daß eine Entschädigung für einen bloßen Sachgüterverlust zustande kommen kann. Es handelt sich hier nicht um verlorene Provinzen wie bei Elsaß-Lothringen oder um einen Unabhängigkeitskampf wie bei Polen oder um einen Nationalitätenstreit wie bei der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie. Was wir hier haben, daß ist, ich wiederhole es, nackt und stark ein Versuch von Seiten Frankreichs, sich aus Gewissenssorge die Ausbeutung eines fremden Landes und Volkes zu sichern. Durch den Versailler Vertrag wurde folgende Lage geschaffen. Das Land ist deutsch, die Bevölkerung ist deutsch, die Verwaltung des Landes ist in die Hand des Völkerbundes gelegt, die Gruben sind Eigentum des französischen Staates und das Zollwesen steht unter der Aufsicht Frankreichs. Die Verwaltung des Landes, die dem Namen nach und fakultativ gemäß bei dem Völkerbund steht, wird in Wirklichkeit von Frankreich allein ausgeübt; denn der Bund hat die gegenwärtige Verwaltung des Landes einer Regierungskommission übertragen, deren Präsident stets ein Franzose sein soll. (Das ist ein Irrtum des Verfassers. Nach dem Saarstatut bestimmt der Völkerbundsrat aus der Mitte der Regierungskommissionsmitglieder den Präsidenten; es ist aber nicht gesagt, daß es das französische Mitglied sein soll. D. Schriftl.) Und eben dieser Präsident der Regierungskommission besitzt die wirkliche Macht. Denn der Vertrag bestimmt (Teil III, Abschnitt IV, Kap. II, Paragr. 18): „Der Präsident handelt als das ausführende Organ der Kommission.“ Man braucht nur die Berichte der Kommission an den Völkerbund durchzulesen, um über den Umfang der nahezu willkürlichen und diktatorischen Gewalt des Präsidenten dieser Kommission ein Bild zu gewinnen. Aber es gibt außerdem so verzwickte und verwinkelte Bestimmungen hinsichtlich der Zuständigkeit und Gerichtsbarkeit im Saargebiet, z. B. zwischen dem Völkerbund, dem französischen Staat, dem Deutschen Reich, der Regierungskommission und den Ortsbehörden, daß es jedem Rechtsgelehrten praktisch unmöglich ist, den wirklichen juristischen Charakter des Saargebietes genau begrifflich zu bestimmen. So sichert sich Frankreich stillschweigend das Recht, die Saarbevölkerung in allen auswärtigen Beziehungen zu ver-

treten, obwohl der Vertrag (Teil III, Abschnitt IV, Kap. II, Paragr. 27) bestimmt: „Die vorliegenden Feststellungen werden nicht die bestehende Nationalität der Bewohner des Saargebiets berühren.“ Das Ergebnis davon ist, daß Deutschland die Rechte der Saarländer, wenn sie auswärts wohnen, wahrt, wogegen dieselben Bewohner zu Hause ihre Rechte draußen von Frankreich vertreten sehen.

Ebenmäßigt sind alle Unterbeamten bei der Zivilverwaltung und in anderen öffentlichen Amtmännern in Wirklichkeit Deutsche, die ursprünglich entweder vom Deutschen Reich oder von Preußen oder Bayern angestellt wurden. Die

Regierungskommission hat diese Beamten zurzeit übernommen. Vorher mußten sie jedoch vor der Kommission einen neuen Treueid ablegen. Und dennoch sind diese Beamten auch fernerhin noch deutsche Beamten, die dem Deutschen Reich Gehorsam schulden und die gewissermaßen nur vorübergehend für eine Frist von 15 Jahren einer fremden Körperschaft lebweise überlassen worden sind. Außerdem werden ihnen als deutsche Beamten durch den Vertrag viele ihrer Rechte (z. B. das Versicherungs-, das Ruhegehaltsrecht) noch weiter gewahrt.

(Fortsetzung folgt.)

Friedenshindernisse im Saargebiet.

Unter dieser Überschrift berichtet der Sonder-Korrespondent der Londoner „Times“ aus dem Saargebiet unterm 13. 5. u. a.:

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet hat nicht nur der gesamten Bevölkerung große Härten auferlegt, sondern hat auch in weitem Maße die staatlichen Einkünfte, besonders die Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr in Mittelwirtschaft gedrogen. Warum duldet man also, daß er sich hinzieht? Handelt es sich lediglich um eine Lohnfrage, so könnte der Streik morgen schon beigelegt sein, weil praktisch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Leuten und der Bergwerksverwaltung bereits ausgeglichen sind. Aber in dem Augenblick, als ein Uebereinkommen ins Auge gesetzt werden konnte, stellte die Bergwerksverwaltung plötzlich die Bedingung, daß die Delegierten der Arbeiterorganisation entlassen werden sollten. Das ist der einzige Punkt, um den es sich jetzt noch dreht.

Die Leute versichern, daß, indem die französische Regierung auf die Entlassung ihrer Führer besteht, sie das Ziel verfolgt, ihre Organisationen zu zerschmettern, weil diese mächtige Mittelpunkte des deutschfreundlichen Einflusses im Saargebiet bilden. Herr Rault war nicht geneigt, über diesen Punkt mit mir zu sprechen, da mit Bezug auf ihn private Unterhandlungen schwelen. Aber er gab zu, daß man auf der Entlassung der Arbeiterführer bestanden habe und er rechtfertigte dies Verlangen mit der Behauptung, daß die Führer deutscher Agenten sind, welche aus politischen Gründen bestrebt sind, den Streik hinzuziehen, bis die Franzosen das Ruhrgebiet räumen.

Als man in Genf von Herrn Rault wissen wollte, ob er das Notdoktret zurücknehmen werde, wenn der Bergarbeiterstreik ein Ende genommen hätte, gab er zur Antwort, daß das von der allgemeinen Lage im Saargebiet abhängen würde und deutete an, daß er vielleicht noch strengere Maßregeln zur Anwendung bringen haben würde. Diese Drohung wurde schon bald in die Tat umgesetzt. Seit einigen Tagen besteht eine Verordnung gegen friedliches Streikpostenstehen. In mancher Hinsicht richtet sich diese Verordnung noch stärker gegen die deutsche Bevölkerung als das Notdoktret. Sie wird damit gerechtfertigt, daß die Regierungskommission durch den Friedensvertrag dafür verantwortlich gemacht wird, daß Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Bergwerke zu sichern ist und daß den Bergarbeitern Arbeitsfreiheit zu gewährleisten ist.

Die wörtliche Wiederherstellung und Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung auf das Saargebiet beleidigt, obwohl er nach der Revolution durch sozialistischen Druck auf die Regierung in Deutschland abgeschafft wurde, das Nationalgefühl der deutschen Saarbevölkerung.

Herr Rault behauptet, daß was im Saargebiet friedliches Streikpostenstehen genannt wird, ganz verschieden von friedlichem Streikpostenstehen in England ist. Die Zahl der Streikposten ist so groß und sie sind so gut organisiert, daß kein Arbeiter den moralischen Mut aufbringt, durch sie hindurchzugehen. Es ist, wie Herr Rault behauptet, die Pflicht der Regierungskommission, diesem Terror mit geeigneten Maßregeln zu begegnen. Immerhin ist die Verordnung eines Dekrets und seine Durchsetzung zweierlei. Man sagte mir, daß, obwohl Streikposten verhaftet worden sind, es unmöglich gewesen ist, ein Gerichtsverfahren gegen sie durchzuführen.

Wie soll man also gegen sie verfahren. Herr Rault versicherte mir mehr als einmal, daß er niemals gestatten würde, daß die französischen Truppen zum Bruch des Streikes verwandt würden. Da aber der Streik eine Waffe in den Händen der Bergarbeiter ist, ist er der Ansicht, daß er nicht als politische Waffe gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages angewandt werden darf. Die prodeutsche Partei (!) behauptet ferner, daß zwischen Saarbrücken und Paris ein enges Einvernehmen besteht und daß das Saargebiet mehr vom Quai d'Orsay aus als von Genf aus regiert

wird. Soweit die allgemeine Verwaltung des Saargebiets in Frage kommt, scheint dieser Verdacht unbegründet. (?) Aber es besteht einiger Grund, anzunehmen, daß in allem, was die Freiheit, die Bergwerke auszubeuten, betrifft, Herr Rault in enger Verbindung mit Paris steht und daß er bei dieser Gelegenheit energische Befehle von der französischen Regierung erhalten hat, eine noch energischere Politik durchzuführen, als er selbst durchzuführen für klug hielt.

Ohne Frage hat die deutsche Bevölkerung gute Gründe, sich über das Vorherrschen des französischen Einflusses in der Regierungskommission zu beklagen und über die Ernennung des Herrn Land zu ihrem Vertreter entrüstet zu sein. Herr Land zählt 68 Jahre. Während er als Landrat von Saarlouis fungierte, lehnte die Regierungskommission es ab, ihn in dieser Funktion zu bestätigen wegen seines hohen Alters und wegen Unfähigkeit. Dennoch wurde er beim Rücktritt Dr. Hectors von Herrn Rault als Vertreter des Saargebiets in die für die gute Verwaltung des Gebietes verantwortliche Körperschaft gewählt. Es wird nicht ohne gute Gründe behauptet, daß er gewählt wurde, weil man sich darauf verlassen konnte, daß er genau, wie Herr Rault diktirte, stimmen würde. Als Präsident hat Herr Rault ein Vorschlagsrecht und er kann auf die Unterstützung Herrn Lamberts, des belgischen Vertreters, der lange Jahre bei der belgischen Gesandtschaft in China tätig war, rechnen. Außerdem kann er offensichtlich immer auf die Zustimmung des dänischen Vertreters, des Grafen Moltke, zählen, der, wie ich höre, nicht einmal von seiner eigenen Regierung ernannt worden ist.

Unter diesen Umständen ist Herr Rault tatsächlich unumstrannter Saargouverneur und der Vertreter Canadas steht in allen Dingen von politischer Bedeutung als Minorität allein. Seine Position ist nicht bedeutenswert. Er ist lediglich im Saargebiet zur Rechtfertigung des Völkerbundes als einer Behörde, die die gute Verwaltung des Gebietes sichert und darüber wacht, daß die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages dem Buchstaben und dem Geiste nach durchgeführt werden. Er protestierte gegen die Notverordnung und stimmte gegen sie. Und wenn der Völkerbundrat es nicht abgelehnt hätte, ihn zu hören, so wäre er vielleicht nicht irregeleitet worden. Er war gegen die Wahl von Herrn Land, aber konnte nicht gegen sie stimmen, weil der Friedensvertrag dem Dr. Hector das Recht gab, seinen Nachfolger zu ernennen. (Darauf ist im Versailler Diktat nichts verzeichnet. D. Sch.) Als die Streikpostenverordnung vor die Kommission kam, enthielt er sich der Stimme, weil er nicht gegen die Bestimmung zur Unterdrückung gewalttätiger Arbeitsbehinderung stimmen konnte. Er ließ aber im Protokoll vermerken, daß er gegen die Unterdrückung friedlichen Streikpostenstehens energisch protestiert habe.

Soll Meineid-Hector straflos bleiben?

Obwohl Hector in dem bekannten Franke-Prozeß des Meineids überführt ist, hat man noch nichts vernommen, daß Hector der Prozeß gemacht wird. Er erfreut sich noch unbehelligt seiner Freiheit. Juristen, die in der entscheidenden Sitzung des Hector-Prozesses zugegen waren, sagen, daß sie noch nie einen solchen Fall von Meineid während ihrer vielseitigen Praxis erlebt hätten. Die französische Justiz aber, die im Ruhrgebiet Deutsche ins Zuchthaus schickt, weil sie ihre Pflicht erfüllen, schützt die Meineidigen. Korruption des Imperialismus! Wie saarländische Zeitungen berichten, hat Redakteur Adolf Franke gegen das frühere Mitglied der Regierungskommission Hector Strafantrag wegen wissentlichen Meineids und wegen widerrechtlicher Aneignung und Beseitigung von Akten aus dem Stadtarchiv von Saarlouis gestellt, nachdem die saarländischen Gerichte sich in dieser Angelegenheit völlig untätig gezeigt haben.

Ein deutscher Protest.

Die deutsche Regierung hat an die Regierungskommission des Saargebiets die nachstehende Protestnote gerichtet:

Die Regierungskommission des Saargebiets hat am 18. Mai eine Verordnung erlassen, durch die die französische Währung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet eingeführt wird. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt zur Frage der Währung im Saargebiet bereits in dem Schreiben vom 18. April 1921 anlässlich der Verordnung der Regierungskommission vom 16. März 1921 über die Erhebung aller Gebühren im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr und die Zahlung aller Gehälter und Löhne der Beamten der Post- und der Telegraphenverwaltung in Frank dargelegt. Sie kann angesichts der neuen Verordnung der Regierungskommission vom 18. Mai nur auf die Ausführungen ihres damaligen Schreibens verweisen. War schon die Verordnung vom 18. März 1921 mit dem § 32 der Anlage zu Artikel 45 bis 50 des Versailler Vertrages nicht zu vereinbaren, so stellt die neue Verordnung eine noch weit schwerere Verletzung dieser Vertragsbestimmung dar. Die Regierungskommission nimmt zu Unrecht im Eingang der Verordnung vom 18. Mai auf § 32 Absatz 2 der erwähnten Anlage Bezug. Der Absatz 2 des § 32 räumt nur dem französischen Staat das Sonderrecht ein, sich bei Kaufen, Zahlungen und Verträgen über die Ausbeutung der Kohlengruben und ihrer Nebenanlagen des französischen Geldes zu bedienen. Es ist nicht ersichtlich, wie die Regierungskommission, die nach dem System des Versailler Vertrages von der Grubenverwaltung des französischen Staates scharf gesondert ist, aus diesem Absatz Rechte für sich herleiten will. Maßgebend ist vielmehr der Absatz 1 des § 32, der eindeutig zum Ausdruck bringt, daß der Frank im Saargebiet neben der gesetzlichen Währung lediglich die Stellung eines gebüdeten Umlaufgeldes einnehmen soll. Die deutsche Regierung erhebt gegen die Verordnung vom 18. Mai mitalem Nachdruck Einspruch und verlangt ihre Aufhebung.

Eine Abschrift dieser Note hat die deutsche Regierung dem Völkerbund zugehen lassen.

Soweit die deutsche amtliche Mitteilung in der Presse. Uns bestreitet diese Note keineswegs. Wir betrachten sie für zu nichts sagend angesichts der Tatsache, daß die Saarregierung mit ihrer Verordnung vom 18. Mai ein wichtiges Band zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland glatt geschnitten hat, das sehr schwer wieder anzuknüpfen sein wird. Hier handelt es sich um einen geradezu verbrecherischen Rechts- und Vertragsbruch der Saarregierungskommission, der selbst im englischen Unterhause Beachtung gefunden hätte, so daß Deutschland wirklich alle Veranlassung gehabt hätte, an Hand dieser Maßnahme der Saarregierungskommission die französische Einstellung dieser Kommission vor aller Welt festzustellen. Nichts von alledem. Die deutsche Note beruft sich auf ihr Schreiben vom 18. April 1921. Man muß erst im Saarweibbuch nachlesen, um festzustellen, um was es sich damals handelte. Man erfährt, daß das Auswärtige Amt in Berlin in einem Schreiben an die Regierungskommission des Saargebiets und in einer Abschrift dieses Schreibens an den Generalsekretär des Völkerbundes gegen die Erhebung der Gebühren im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr in Franken protestierte.

Und unter der Wiedergabe dieser deutschen Protestnote verzeichnet das Saarweibbuch in Parenthese: „Die Note ist ohne Antwort geblieben.“ Nichts weiter. Man hat sich dabei beruhigt. Die Bürokratie hat ihre Pflicht getan, es wurde paragrafen- und gepslogheitsgemäß protestiert. Konnte wirklich nichts weiter geschehen? Am 5. Juni ging folgende Londoner Meldung durch die Presse:

„Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Mac Neill, daß die englische Regierung nur durch die Presse (1) erfahren habe, daß Frankreich im Saargebiet den Franc als einzige obligatorische Geldeinheit eingeführt habe. Die Regierung sei aber von Fragen dieser Maßnahme nicht offiziell verständigt worden.“

Klingt diese Mitteilung der englischen Regierung nicht gleichsam wie ein Vorwurf gegen die deutsche Regierung? Hatte das deutsche Auswärtige Amt wirklich keine Veranlassung, aus Anlaß der Frankenverordnung der Saarregierungskommission die Welt auf diesen ungeheurelichen Vertragsbruch der Saarregierungskommission erschöpfend hinzuweisen? Und zwar in einer Form, die es nicht wieder notwendig machte, eine Altentnotiz einzutragen: „Die Note ist ohne Antwort geblieben.“

Und schließlich noch einige weitere Fragen: „Welche Gründe waren maßgebend, um diese, nach unserer Überzeugung sowohl der Form wie dem Inhalt nach unzulängliche Note mit vier-

wöchiger Verzögerung abzuschicken? Ist das Saargebiet uns nicht soviel wert, daß man in einer so bedeutenden Frage nicht einen etwas zeitgemäheren Schritt unternahm? Weiß man nichts davon, daß an der Saar 700 000 Deutsche schon seit vier Jahren einen schweren Kampf um ihr Deutschtum, um ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland, zur deutschen Volksgemeinschaft führen? Bedeutet die obige Note der Grad der Untertreibung dieses Kampfes? War es nicht angebracht, das Eisen zu schmieden, da es gerade jetzt heiß ist?“

Die englische Stellungnahme gegen die Saarregierung.

Die französischen Zeitungen hatten vor einigen Wochen angedeutet, daß die englische Regierung auf die Absicht verzichtet habe, eine internationale Untersuchung über die Saarpolitik beim Völkerbund zu beantragen. Noch vor wenigen Tagen, als Lord Robert Cecil vom Präsidenten Millerand empfangen wurde, teilte eine Zeitung mit, der englische „Apostel des Völkerbundsgedankens“ sei belehrt nach London abgefahren. Diese Mitteilung war irrig. Das Völkerbundeskretariat teilt nämlich mit: „Die englische Regierung hat durch Vermittlung des englischen Vertreters auf der Ratstagung, Wood, beantragt, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Verordnungen der Regierungskommission des Saargebiets vom 7. März 1923 über Aufrechterhaltung der Ordnung und vom 2. Mai über Streikposten zu lenken. Die englische Regierung beantragt außerdem eine Untersuchung darüber, ob die Vertretung des Saargebiets durch die Regierungskommission dem Geiste und Buchstaben des Versailler Vertrages entspricht.“

Rhein, Ruhr und Saar.

Ein Lied soll klingen aus tiefem Born,
Soll singen und sagen stark, hell und klar;
Ein Lied voll Liebe, ein Lied voll Zorn,
Das Lied von Rhein und Ruhr und Saar.

Es sagt vom Leid, vom nagenden Leid,
Der Lüstern spähte nach fremdem Gut;
Es heult von Hass, von lechzendem Leid,
Es grollt von Wut, es klagt von Blut.

Es singt von Männern aus hartem Holz,
Mit starker Seele und fester Hand,
Von Mannesmut und Mannestolz,
Von Liebe und Treue und Vaterland.

Not kam daher wie wogendes Meer,
Leid kam daher wie brausender Sturm;
Hier aber trogte gewaltige Wehr,
Hier trogte herrlich der steinerne Turm.

Hier ward ein Ende dem Lebarmut,
Hier fand ein Ende Tyrannenmacht,
Hier gaben Helden Leben und Blut,
Bis daß die Freiheit der Deutschen erwacht.

Ein Lied soll klingen aus tiefem Born,
Forthallen soll es von Jahr zu Jahr,
Ein Lied voll Liebe, ein Lied voll Zorn,
Das Lied von Rhein und Ruhr und Saar!

Kladderadatsch
P. W.

Der Geist des Saarstatuts und die Praxis der Saarregierungskommission.

Eine neue Denkschrift der politischen Parteien des Saargebiets an den Völkerbund.

Die politischen Parteien und Landesfraktionen des Saargebiets (Zentrumspartei, Vereinigte sozialdemokratische Partei, liberale Volkspartei, deutsch-demokratische Partei und Deutsch-nationale Volkspartei) haben soeben eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet und dem Völkerbund überreicht, in welcher sie an Hand der Saarstatutbestimmungen, des Völkerbundstatuts und der in der Friedenskonferenz von den alliierten und assoziierten Mächten niedergelegten Grundsätze den Geist des Saarstatuts mit der praktischen Anwendung dieser Vertragsbestimmungen durch die Saarregierungskommission in Vergleich stellen. In der Denkschrift heißt es u. a.:

An der Spitze des Versailler Vertrages steht folgender Satz:
„In der Erwägung, daß es . . . zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist, . . . in aller Offenheit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten, . . . und die Gerechtigkeit herrschen zu lassen, . . . nehmen die hohen vertragsschließenden Teile die gegenwärtige Sitzung, die den Völkerbund errichtet, an“
(Teil I des Vertrages von Versailles). Über 50 Nationen haben sich gemäß diesen Grundsätzen zum Völkerbund zusammengeschlossen.

„Die Regierungskommission des Saargebietes bildet gleichsam die Verkörperung der hohen Prinzipien, die die Gründung des Völkerbundes veranlaßt haben und die sein Werk der Gründung des Friedens und methodischen Ordnung leiten soll . . . Der Völkerbund will hierbei einen positiven Beweis für die praktische Anwendung der Rechte liefern, mit denen der Völkerbund durch die verschiedenen Verträge ausgestattet ist“
(Entschließung des Völkerbundsrats vom 18. Februar 1920).

„Zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung und um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu gewähren“,
(Art. 46 des Vertrages zu Versailles) ist das Saarstatut geschaffen worden.

Die Erreichung dieser beiden Ziele sollte durch die Zusammenarbeit der Regierungskommission gewährleistet, die Unparteilichkeit der Verwaltung sichergestellt werden.

Denn „den Bewohnern des Gebietes sollte jeder materielle oder moralische Schaden erspart und ihre Rechtslage verbessert werden.“

Daher sollte „die Regierungskommission des Saargebietes keine andere Aufgabe und keine anderen Interessen haben, als die Sorge für das Wohlbeinden der Bevölkerung“
(Schreiben der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Delegation vom 18. Juni 1919 und Ziffer III der Instruktionen des Völkerbundsrats für die Regierungskommission des Saargebietes vom 18. Februar 1920).

Die Verfasser des Saarstatuts wußten genau, daß nur ein freies und zufriedenes Volk große wirtschaftliche Leistungen vollbringen kann; nur die Freiheit und Zufriedenheit der Bevölkerung wird das Ausbeutungsrecht Frankreichs an den Kohlengruben zur höchsten Wirksamkeit entfalten.

Die selbstverständliche Voraussetzung dieses Systems ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Regierung und Regierten. Daher ist bestimmt, daß die Regierungskommission weder Gesetze und Verordnungen ändern, noch neue Steuern erheben darf, ohne die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu befragen. (§§ 23 Abs. 2, 28 Abs. 3 des Saarstatuts.) Nach dem Geiste des Vertrages sollen also die mit den Idealen des Völkerbundes zu vereinbarenden Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden; das Recht des französischen Staates auf freie Ausbeutung der Gruben bleibt dabei unberührt.

Um bei der Bevölkerung keinerlei Sorge um die Erhaltung der von ihren Bürgern ererbten Kultur aufkommen zu lassen, wurde ihr die Unantastbarkeit ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Selbstverwaltung in den örtlichen Vertretungen, ihrer religiösen Freiheiten, ihrer Schule und Sprache, ihrer Gerichtsbarkeit und ihrer sozialen Rechte sichergestellt (§§ 12 Abs. 2, 22 Abs. 3, 23, 24, 25 Abs. 2 und 3, 27 Abs. 1, 28 Abs. 1, 29 und 30 Abs. 2 des Saarstatuts).

Damit noch nicht genug; um „genügend Bürgschaften gegen jeden Missbrauch der der Regierungskommission anvertrauten Macht“ zu geben, ist die Verantwortlichkeit der Regierungskommission gegenüber dem Völkerbund festgelegt (vergl. Antwort der alliierten und assoziierten Mächte vom 18. Juni 1919).

Wie hat nun die Regierungskommission dieses von so hohen Gesichtspunkten getragene Statut angewandt? Sie hat sich keinen Geist nicht zu eigen gemacht; ihre Praxis läßt ihn sogar vollkommen vermissen. Die Denkschrift führt dann 6 Punkte auf, durch die bewußte Verstöße der Saarregierungskommission gegen Buchstaben und Geist des Saar- und Völkerbundstatuts und ihre Instruktionen frak beleuchtet werden:

1. Die Belassung des französischen Militärs im Saargebiet und die Verhinderung der bestimmungsgemäß vorgesehenen Schaffung der örtlichen Gendarmerie.

2. Das Versagen der Regierungskommission in dem Bergarbeiterstreik an der Saar, wo sie sogar ganz einseitig zugunsten der französischen Bergverwaltung eingriff und versuchte, den Streik mit Gewalt niederzuschlagen. Als Beweis werden die berüchtigte Notverordnung und das Verbot des Streikpostenstehens herangezogen.

3. Das Versagen der Saarregierungskommission in der Anwendung der sozialen Gerechtigkeit. Der Präsident der Regierungskommission schied sogar nicht davor zurück, mit der Auflösung der Arbeitergewerkschaften und der Beschlagnahme ihrer Kassen zu drohen.

4. Wichtige Arbeiterschutzmaßnahmen hat sie unterlassen.

5. Übertragung des Schutzes der Interessen der Bewohner des Saargebietes im Ausland an Frankreich, die sich als völlig ungeeignet und wirkungslos erwiesen hat, da die Anwendung dieses Schutzes fast ausschließlich bei Verleihungen der Interessen von Saargebietbewohnern durch Frankreich notwendig geworden ist. Diese Auslandsvertretung hat vor allem versagt bei den häufigen Interessengegensätzen zwischen Saargebiet einerseits und französischer Zollverwaltung und interallierter Rheinlandskommission andererseits. Die den Saargebietbewohnern zugesicherte Freizügigkeit überall in Deutschland wurde durch Maßnahmen der Rheinlandskommission im Falle des Kommerzientats Dr. Nöhlings aufgehoben, ohne daß die Regierungskommission mit Erfolg gegen diese Maßnahmen eingetreten ist. Dasselbe trifft zu bei der Erhöhung bzw. günstigen Unterbindung des Waren- und Güterverkehrs zwischen dem Saargebiet, dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

6. Eingriff in die kulturellen und religiösen Freiheiten der einheimischen Bevölkerung, Förderung der französischen Schule im Saargebiet unter größtmöglicher Verleihung der Saarstatutbestimmungen. Geistige Abschnürung und Verkümmерung der Bevölkerung in ihren Verbindungen mit der deutschen Geisteswelt.

7. Mißachtung der Wünsche und Beschwerden durch die Saarregierungskommission, Nichtanhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung, Nichtberücksichtigung der Beschlüsse und Einsprüche des Landesrats.

Die Denkschrift kommt schließlich zu folgendem Ergebnis: Die Tätigkeit der Regierungskommission hat unhaltbare Zustände geschaffen. Eine tiefe Kluft ist aufgetreten zwischen Regierung und Bevölkerung. Alle guten Elemente der Bevölkerung werden durch die Methoden der Regierungskommission abgestoßen. Durch Engherzigkeit und Mißachtung verbriefteter Rechte, durch Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Bevölkerung und durch Mißbrauch der ihr anvertrauten Gewalt hat die Regierungskommission es in so kurzer Zeit erreichen können, daß sie alles und jedes Vertrauen in der gesamten Bevölkerung verloren hat. Sie steht allein und isoliert in dem Gebiete, dessen Wohlfahrt in ihre Hände gelegt ist. Dabei war ihre Aufgabe derartig ideal, daß ihre Erfüllung ihr zum höchsten Ansehen in der ganzen Welt verholfen hätte. Sie sollte die hohen Grundsätze des Völkerbundes: Gerechtigkeit, Freiheit, Selbstbestimmung verwirklichen. Hierdurch sollte sie die tiefe Kluft zwischen zwei großen Völkern überbrücken. Die Regierungskommission hat dies nicht vermocht. Sie hat die hohen Prinzipien, die die Gründung des Völkerbundes veranlaßt haben, nicht in die Praxis umgesetzt. Das ist der Grund, aus welchem nicht etwa die Idee, wohl aber das Werk derer, die dazu berufen waren, diese Idee in die Tat umzusetzen, Schiffbruch leiden mußten.

Und dennoch lebt im Saargebiet eine Bevölkerung, die ehrlich wünscht, daß die großen Gedanken, die erhabenen Ideale des Völkerbundes verwirklicht werden von einer Kommission, die dieses Ziel auch wirklich ehrlich will. Einer solchen Regierung würde die ganze Welt Beifall zollen. Vor aller Welt wäre dann der Beweis dafür erbracht, daß eines der schwierigsten Probleme der Weltgeschichte auf dem Wege über den Völkerbund seiner Lösung zugeführt werden kann im Geiste der Gerechtigkeit und der Völkerversöhnung.

Erster Saarländischer Katholikentag.

Am 3. Juni fand in Saarbrücken der Erste Saarländische Katholikentag statt; er erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß der Bischof von Trier, Dr. Bonnewasser, der Weihbischof von Trier, Dr. Mönch, früher Präbiter an der Marienkirche in Neunkirchen, und der Bischof von Speyer, Dr. Sebastian, daran teilnahmen. Der Katholikentag war nach den vorliegenden Zeitungsberichten eine überwältigende Kundgebung für den katholischen Glauben sowohl wie auch für die unzertrennbare Zugehörigkeit der Katholiken des Saargebietes zu ihren Bistümern Trier und Speyer. Die „Saarbr. Zeit.“ berichtete über eine imposante Kundgebung der Saarkatholiken u. a. folgendes:

Vom frühen Morgen an wälzen sich unübersehbare Menschenströme in die Stadt, um sich auf vorgeschriebenen Auffahrtrouten zum Ausstellungsort des Festzuges zu begeben. In den Stadtteilen um den Landwehrplatz stauen sich bis weit über die Chausseen nach Stuhlsatzhaus zu die Delegaten. Vereine und Gruppen, während die ununterbrochen einlaufenden Sonderzüge immer neue Massen zum Anmarsch bringen. Doch einer musterhaften Organisation gelingt es, die über die Voranmeldung hinaus eingetroffenen Menschenmassen zu ordnen und pünktlich bereitzustellen: mit dem Glöckenschlag 12.30 Uhr steht sich die Menschenlawine in Bewegung. In Achter- und Sechserreihen zieht die gewaltige Armee mit 357 Fahnen, 80 Musik- und über 200 Trommlerkorps durch die mit Tannen und Fahnenstacheldraht verzierten Straßen, wo viele Tausende Spalier bildend den Zug erwarten. Über 70 000 Personen sind im Marsch, und bieten in ihren Reihen ein buntes und wechselvolles Bild. Den Höhepunkt erreicht der Festzug auf dem mit Fahnenmasten um säumten Rathausplatz, wo die drei Bischöfe unter einem auf der Rathausstiege errichteten Baldachin Platz genommen haben. Die Kirchenväter sind tief bewegt, als der Fahnenwald schier kein Ende nehmen will und stets neue Massen auf dem Platz erscheinen.

Gegen 1/4 Uhr hat der Vorbeimarsch sein Ende erreicht. Vom Ludwigspark und den angrenzenden Stadtteilen aus zerteilen unsichtbare Lenter die Massen sofort in die einzelnen Versammlungsorte und Unterkunftsstätten.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, im einzelnen über die große Zahl von Kundgebungen, die dem Festzuge folgten, zu berichten. Überall, wo solche Versammlungen unter freiem Himmel oder in den zur Verfügung gestellten Räumen vor sich gingen, geschah es unter dem Massenandrang, der das Kennzeichen des ganzen Tages war. Ein kurzes Bild nur: In 9 Männer-, 5 Jugend- und 8 Frauenversammlungen beleuchten Redner vom katholischen Standpunkt aus Erziehungs- und Kulturfragen, während die Bischöfe von Versammlung zu Versammlung eilen, um einige, stets von stürmischen Widerhall begleitete Worte zu sprechen. Und überall der gleiche Eindruck: Keine Mahnung und keine Bitte um Treue, sondern das Aussprechen der unerschütterlichen Gewissheit, daß die saarländischen Katholiken ihren alten Bischöfssäcken nimmer und nimmer untreu werden. In der Saalversammlung erscheint Bischof Bonnewasser, nachdem der Bischof von Speyer den Bischöfern besonders warme Worte gewidmet hat, mitten in der Rede des pfälzischen Abgeordneten Hoffmann. Eine stürmische Ovation begrüßt seinen Eintritt und legt sich erst, als der Bischof ein Zeichen gibt, daß er sprechen will. In bewegten Worten dankt er für die Kundgebung am Nachmittag und weist dann auf die schweren Sorgen hin, die den Bischof von Trier bedrückt hätten. Aber nun er geschehen, wieviele katholische Männer sich um ihren Hirten scharten, wolle er diese Sorgen gern und freudig tragen. Als der Bischof seine Rede mit den Worten schließt: Treue um Treue! Euer Bischof von Trier hat den Schwur geleistet, Euch treu zu bleiben und der Treue der katholischen Saarländer zum Bischof von Trier ist er gewiß! da durchbraut ein neuer orlanartiger Beifall den weiten Saal. Rührend folgt der Bischof darauf hinzu: Ich danke Euch, ich weiß, was Ihr Euch dabei gedacht habt! und spendet den Anwesenden den oberhirchlichen Segen. In dieser Versammlung ist es auch, wo Bürgermeister Dr. Neiles namens der Stadt Saarbrücken die Bischöfe und die Teilnehmer des Katholikentages herzlich willkommen hieß und ihnen den Dank für ihre Kundgebung übermittelte. Sie habe ein herrliches Zeichen von Bekennnistreue in einer Zeit gebracht, wo mancher materieller Vorteile wegen um seine Gesinnung mit sich handeln lasse. Die saarländische Bevölkerung sei zuverlässig und treu und jeder einzelne der Kirchenfürsten werde auch die Überzeugung gewonnen haben, daß sie sich „kommen mag“, auf die saarländischen Katholiken verlassen könnten. Die Mauer, die die katholische Bevölkerung errichtet habe, halte aus für alles, was dem Saarvolk noch bevorstehe. Der starke Beifall zeigte, daß auch dieser Redner den Massen aus dem Herzen gesprochen hat.

Der Katholikentag sah mehrere Entschließungen. In der einen wird gesagt:

„In der ganzen christlichen Vergangenheit war das Saargebiet seinem überwiegend größten Teil nach stets — ein verschwindend kleiner Teil: Saarlouis mit einigen Pfarrreien seit mehr als hundert Jahren — mit den Mutterdiözesen Trier und Speyer auß engste verbunden. Dieselben kirchlichen Gewohnheiten, Rechte und Gebräuche, dieselbe kirchliche Tradition, dieselbe deutsche Sprache haben stets und auß innigst dieses Band geschlossen. Daher beteuern wir es feierlich vor der ganzen Welt, daß wir, wie in der Vergangenheit, so auch in aller Zukunft mit unseren Mutter- und Heimatdiözesen unzertrennlich und treu vereinigt bleiben wollen.“

Daher geht unsere einmütige und innige Flehbitte an den hl. Vater zu Rom und an die anwesenden Diözesanbischöfe von Trier und Speyer, den Witten und Wünschen der saarländischen Katholiken entsprechend die Verbindung mit den Diözesen Trier und Speyer wie bisher zu erhalten und vorläufig, wenigstens bis zur endgültigen politischen Gestaltung des Saargebietes, die dem Versailler Vertrag zufolge im Jahre 1935 durch Volksabstimmung erfolgen soll, auf dem kirchlichen Verwaltungsgebiete nichts ändern zu lassen.“

„Der Erste Saarländische Katholikentag begrüßt dankbar das Rundschreiben des hl. Vaters Pius XI. über den Frieden Christi im Reiche Christi und macht es freudig zur Grundlage seiner Beschlüsse und Bestrebungen. Wir sind durchdrungen und überzeugt, daß ein dauernder Völkerfrieden und eine wirkliche Völkerversöhnung nur auf dem Boden der christlichen Wahrheit und Gerechtigkeit erzielt werden kann. Zur Verbreitung des Friedensgedankens und zur Sicherung des Weltfriedens ist eine internationale Organisation der Völker im Geiste der christlichen Liebe und des gegenseitigen Verstehens durchaus notwendig.“

In einer solchen Organisation muß die größte moralische Macht der Welt, der Papst als Stellvertreter des göttlichen Friedenskönigs auf Erden, und als gemeinsamer Vater der Christenheit unbedingt vertreten sein.

Der Erste Saarländische Katholikentag ist überzeugt, daß die Grundfälle des päpstlichen Rundschreibens über den Frieden Christi im Reiche Christi das Recht des Einzelnen und der Völker auf Leben, Freiheit und Wohlfahrt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Gleichberechtigung der Nationen am besten gewährleisten. Wir laden alle Glaubensgenossen der ganzen Welt hiermit ein, auf dieser Grundlage mit uns an der Anbahnung eines wahren Völkerfriedens zu arbeiten.

★

Den feierlichen Aufhalt zum Katholikentag bildete die Grundsteinlegung zur St. Michaelskirche, die dem Andenken des verstorbenen Trierer Bischofs Dr. Michael Feliz Korum gewidmet ist. Auf dem Felsen des Rotenberges, am alten Friedhof, soll sich die neue Kirche erheben, hoch über den Häusern der Stadt. Ein weites Gelände ist bereits für den Bau eingeebnet. Auf der abfallenden Seite des Rotenbergs sind die Umfassungsmauern schon so weit aus dem Boden gewachsen, daß der Grundriss des Gebäudes deutlich zu erkennen ist. Nachdem der Bischof den Platz der künftigen Kulisse geweiht, beginnt der eigentliche Alt der Grundsteinlegung. Ein Geistlicher verliest im Auftrage des Bischofs die Urkunde. Hierauf wird die Urkunde, zusammen mit einigen eisernen Münzen, Zeichen unserer Zeit, in die Kapsel verschlossen und in den Stein versenkt. Dr. Bonnewasser vollführt als erster drei Hammerschläge auf den Stein. Hell klingen sie über die Häupter des Volkes hinweg, an das der Bischof dann eine eindrucksvolle Ansprache richtet. In markigen Sägen ruft er zu Glaube, Hoffnung und Liebe auf. In ehrenden Worten gedenkt er dabei seines Vorgängers, des verstorbenen Bischofs Korum von Trier. — Pater Dr. Kerthes, der Rektor der Weißen Väter in Trier, hält hierauf die Festpredigt, in der er die Bedeutung des Tages für das religiöse Leben an der Saar betont. Er schließt seine Ausführungen mit einer Abwandlung der Inchrist auf der Kölner Domglocke:

St. Michael bin ich genannt.
Erlöse am Saaresstrand,
Rufe trost Not und Leid
Zur Einigkeit!

Dann führt der Festredner seine drei Hammerschläge auf den Grundstein. Seinem Beispiel schließen sich die übrige Geistlichkeit sowie die Festgäste an, worauf eine feierliche Messe die weihevolle Handlung beschließt.

Anlässlich die Saarländischen Katholikentages wurde auch ein Huldigungstelegramm an den Papst abgesandt.

Die Anprangerung Schmolls.

Architekt und Landesratsmitglied von Richerts Gnaden Gustav Schmoll gen. von Eisenwert, hatte sich bekanntlich in der letzten Landesratsitzung in heftigen Angriffen gegen den Abg. Dr. Röchling gewandt, weil er glaubte, von diesem als Franzosenfreund verdächtigt worden zu sein. Schmoll wandte sich außerdem in einem offenen Brief im „Tageblatt für das Saargebiet“ gegen Dr. Röchling, den dieser mit einem offenen Brief in der „Saarbr. Ztg.“ und „Saarb. Landeszeitung“ beantwortet. Dr. Röchling schreibt Herrn Schmoll u. a. folgendes ins Gedächtnis:

„Die Geschichte der letzten Landesratswahlen spricht gegen Sie.“

Zunächst kann man es schwer mit dem deutschen Standpunkte vereinbaren, daß Herr Major Richert als Freibüttler für Ihre Kandidatenliste ausgezogen ist. Herr Major Richert in der Gestalt des Förderers des „einwandfreien deutschen Standpunktes“ ist sicher keine Empfehlung für diesen!

Auch die Bemühungen des Direktors des Innern, Herrn Deltau, um Ihre Liste erwecken nicht den Eindruck, als ob Ihr „einwandfrei deutscher Standpunkt“ den französischen Tendenzen hier im Saargebiet irgendwie gefährlich sein könnte.

Es war Ihnen unangenehm, daß ich im Landesrat die Rede des französischen Senators Ferry vom 22. Februar 1923 anführte. Das ist mir begreiflich! Herr Desire Ferry hat diese Rede nach einer sehr eingehenden Studienreise durch das Saargebiet gehalten, bei der ihm von französischer Seite alles gezeigt und gesagt wurde, was für die französische Saarpolitik von Bedeutung war. Er sagt unter anderem bei der Kritik des Wahlstatuts zum Landesrat, daß es leicht gewesen wäre, die im Lande vorhandenen Interessengegensätze gegeneinander auszuspielen, damit „diese Interessen sich gegenseitig geschadet hätten“. Man sieht, es ist durchaus die normale Tendenz jedes Erbauer, die hier durchdringt, die Bevölkerung gegeneinander aufzubringen. Er führt dann fort:

„Erst im letzten Augenblick bildete man eine Art gemischte Partei, welche keiner der politischen Organisationen der Saar entspricht, — eine künstliche Schöpfung, die (wie Sie sich denken können) keinen Erfolg hatte. Andererseits versuchte man, ebenso erfolglos, da das an und für sich gescheitete Manöver zu spät in Szene gesetzt wurde, die Unabhängigen zu gewinnen, um eine Bresche in die Front der Mehrheitssozialisten zu schlagen, die in Deutschland Panzermanisten sind.“

Aber Ihre eigenen Taten während des Wahlkampfes sprechen für sich selbst. Sie haben u. a. ein Flugblatt herausgegeben, das die Säye enthält:

„Fort mit dem Nationalismus von Ost und West!

„Fort mit der Bevormundung durch auswärtige Sendlinge, einerlei welcher Richtung!

„Fort mit der ewigen Nörgelei und den Genfer Afters-Delegationen!“

Ich weiß nicht, was die Redensart vom „Nationalismus von Ost und West“ sagen soll. Ein wirklicher Nationalismus, der unserer gemeinsamen Saarheimat gefährlich ist, kommt doch nur vom Westen! Wenn Sie von einem deutschen Nationalismus reden wollen, der uns gefährlich werden könnte, so besteht er hier nicht. Was die Bevormundung durch „auswärtige Sendlinge“ heißen soll, weiß ich nicht. Meinten Sie damit Herrn Richert, den Freiwerber für Ihre Liste, oder meinten Sie damit deutsche Landsleute aus dem Reiche, die in irgend einer Form der Saarbevölkerung helfen wollen? Daß sie die Vertretung der wichtigsten Interessen der Bevölkerung mit „ewiger Nörgelei“ bezeichnen, spricht für sich selbst. Ist das der Dank für die von Herrn Richert erfahrene Unterstützung?

Unter solchen Umständen mußten Sie natürlich auch die Genfer Delegationen so niedrig einschätzen, wenn Sie die Wahlhilfe nicht verlieren wollten. Die Bevölkerung wird ja wohl, nachdem sogar die berüchtigte Notverordnung seit der letzten Genfer „Aftersdelegation“ nicht mehr angewandt worden ist, anderer Meinung sein wie Sie; besonders nachdem durch die Tätigkeit dieser Delegation — nicht durch die Ihre, Herr Schmoll — die Notverordnung eine Diskussionsfrage zuerst in Genf, dann im englischen Unterhaus und schließlich in der ganzen Welt geworden ist.

Sie sprechen auch höchst unfreundlich über einen Ehrenmann wie Herrn Schmelzer. Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Herr Schmelzer schon eine Denkschrift an Herrn Wilson unterzeichnet hat, als Sie noch nach Saargemünd fuhren, um Herrn Poincaré zu begrüßen. Dabei hatten Sie eben erst die Uniform des Rittmeisters d. R. eines vornehmen Kavallerie-Regiments ausgezogen!

Sie beschweren sich weiter über meine Bemerkung im Landesrat, Sie seien allerhand Versuchungen zum Opfer gefallen, und

wollen von mir wissen, was ich damit meine. Das will ich Ihnen gerne sagen:

Zuerst suchten Sie sich eine politische Plattform bei den Demokraten. Als Sie dort ausgeschieden waren, versuchten Sie bei der jetzt von Ihnen so sehr geschmähten Liberalen Volkspartei, die Sie aber wegen Ihrer politischen Vergangenheit abgewiesen hat. Dann haben Sie eine eigene wirtschaftliche Partei gegründet, die ausdrücklich gegen die politischen Parteien gerichtet war. Und dabei haben Sie in besonderem Maße die Hilfe der Franzosen genommen; Sie haben auch Ihr Verhalten so eingerichtet, daß diese Hilfe Ihnen zuteil werden konnte.

Um aber die politische Seite Ihres ganzen Verhaltens klar auszusprechen, so ist es für mich kein Zweifel, daß Ihr Verhalten, wenn es Erfolg hätte, zu einer Zersplitterung der einheitlichen Abwehrfront der gesamten Bevölkerung gegenüber den Französischen Bestrebungen führen würde. Denn wenn Ihr Beispiel Nachahmung finden sollte und jeder Stand anfangen wollte, seine wirtschaftlichen Sonderinteressen um jeden Preis in den Vordergrund zu schieben, so wäre die Abwehrfront gebrochen. Deshalb wurden Sie, Herr Schmoll, von den Franzosen unterstützt!

Frankreich wünscht das Saargebiet auf diesem oder jenem Wege sich einzuerleben. Geschützt werden wir durch den Völkerbund, der keine anderen Machtmittel besitzt, wie die moralische Autorität der hinter ihm stehenden Völker. Von ihr allein hängt gegenwärtig die Existenz des Saargebietes als eines deutschen Gebietes ab. Versagt diese moralische Autorität oder verhält sich die Bevölkerung so, daß die moralischen Kräfte des Völkerbundes sich von ihr abwenden, so ist unser Schicksal besiegt. Wir werden von Frankreich annexiert.

Jede Partei aber, die den politischen Parteien bei ihrem Abwehrkampf in den Rücken fällt, fördert die Annektionsbestrebungen Frankreichs! Tut eine Partei dies wissentlich, so übt sie — wie mein Parteikollege Schmelzer sehr richtig sagt — Verrat; tut sie es unwissenlich, so ist sie hoffnungslos unbegabt. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung sowohl in dem einen wie in dem anderen Falle sich von ihr abwenden wird. Und in diesem Sinne, Herr Schmoll, glaubte ich, daß Sie Franzose werden wollten, denn Ihre Politik führt, wenn Sie Erfolg haben, geradewegs dahin!

Es ist klar, diese Wahrheit liebt Herr Schmoll nicht. Er wird tobten und schimpfen, die Tatsache, daß er durch die Gnade Herrn Richerts, des Todfeindes der deutschen Einheitsfront, in den Landesrat geschoben, daß er heute in der Dortenschen Separatisten- also Berräterfront steht, kann er nicht beseitigen, kann er um so weniger beseitigen, als ihm auf seiner Agitationsreise durch die Saarpfalz in Erbach eine „schlagende“ Deutung dessen gegeben wurde, was man in deutschen Länden deutsche Treue und Vaterlandsliebe nennt. Herr Schmoll, mag er es noch so oft und noch so laut abstreiten, hat sich mit Leib und Seele dem deutschen Todfeind verschrieben, weil er darin augenblicklich den materiellen Vorteil sieht. Herr Schmoll steht im Lager derer, die in der Not des Vaterlandes dieses verraten.

Und wir wollens ihm gedenken!



Ja, Bauer . . .

Rupste einst, mehr oder weniger
Grob, der Türke den Armenier,
Schlugen Flammen aus der Esse
der gesamten brit'schen Presse.

Ward in Kongos Finsternissen
Dann ein Neger totgeschmissen,
Kraft mit wildem Blitzeeschmetter
Donnerwetter durch die Blätter.

Magte irgendwo — von Indien
Abgeseh'n — ein Mensch zu sünd'gen,
Hand dies rächende Verbreitung
Gleich durch jede City-Zeitung.

Wenn die Russen wen erschießen
Oder sonst beseit'gen ließen,
So verflucht' sie tausendmal
Jedes Londoner Journal.

Nur von der gehäusten Schandlat,
Die Degoutte bisher uns antat,
Schweigt die Presse höchst gerissen.

Dieses nenn' mir Weltgewissen.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Der „Segen“ der Frankenwährung.

deren Einführung ab 1. Juni bekanntlich unter Bruch der Saarstatutbestimmungen von der Saarregierung diktirt wurde, macht sich im ganzen Saargebiet bereits allgemein fühlbar geltend. Durch die Umstellung der Preise auf den Franken sind die Preise geradezu sprunghaft in die Höhe geschnellt, so daß allen Frankenforderern plötzlich inne wird, welch „wirtschaftlichen Vorteile“ sie gegen die politischen Konsequenzen, die Herr Rault und Frankreich aus der Einführung der Frankenwährung ziehen werden, eingetauscht haben. Wenige Tage vor der „gesetzlichen“ Einführung der Frankenwährung prangten an allen Plakatsäulen usw. große Warnnuntastafeln, die den Wucher bei der Umstellung auf den Frankenpreis durch höfördliche Maßnahmen ausschließen sollen. Es scheint, als ob die Regierungskommission Angst habe, daß die Geister, die sie durch die übereilte Einführung des Franken gerissen hat, nun nicht mehr loszuwerden sind. Um die oben erwähnten Maßnahmen durchführen zu können, hat sie eine Sonderkommission gegründet, die die Umstellung überwachen soll. Diese Kommission wurde nach dem autokratischen Verfahren der Saarregierungskommission ernannt, nämlich ohne die großen Organisationen von Handel und Gewerbe überhaupt zu befragen. Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer sind in der Kommission nicht befragt worden. Tatsächlich wäre die Aufgabe durch Ausbau und Machtzustellung der letzteren zweckdienlicher zu lösen gewesen. Der Schuhverein für Handel und Gewerbe, der die meisten Firmen des Saargebietes umfaßt, erhebt gegen dieses selbstherliche Vorgehen des Herrn Rault erfolglosen schwärfsten Einspruch. Wohin übrigens die Regierungskommission mit ihren Preisbildungsmethoden steuert, wie sie sich in den Richtlinien für diese Sonderkommission ausdrücken, ergibt sich aus folgender Bestimmung: Wenn die Kriegspreise in Mark mit drei multipliziert sind, so ist es als angemessener Frankenpreis zu bezeichnen. Für landwirtschaftliche Produkte gelten die Preise in Elsaß-Lothringen.

Einen recht derben Dämpfer haben die Franken-Enthusiasten erhalten durch eine Veröffentlichung in der „Saarbrücker Landeszeitung“, in der es unter anderem heißt: Es wird sich auf keinen Fall vermeiden lassen, daß

die Frankenpreise höher werden als die bisherigen
Markpreise;

denn bei dem fortwährenden Sturz der Mark sind die Preise trotz aller Erhöhung und Kompenstation — Kompenstationen sind ja nur bis zu 70 Prozent von der Überpreisprüfungskommission zugelassen — immer hinter den tatsächlichen Anschaffungspreisen zurückgeblieben. Da nun kein Kaufmann anders als auf Grund seines Gestehungspreises kalkulieren kann, müssen die Preise in Franken höher sein als die bisherigen Markpreise. Mit dieser Tatsache muß sich jeder abfinden. Die Lohnempfänger haben das ja auch getan, indem sie durch die Veränderung des Preisniveaus Anpassung an die französischen bzw. Elsaß-Lothringischen Löhne verlangt haben.

Über den

Post- und Verkehrslandal im Saargebiet

schreibt die „Neue Volkszeitung“. Ausgehend von dem Bemühen des französischen Militärimperialismus, das besetzte Gebiet immer mehr vom übrigen Deutschland abzuschließen, wird darin u. a. gesagt: Auch auf die Verkehrsverhältnisse im Saargebiet wirken sich diese Beschränkungen in der einschneidendsten Weise aus. Nicht nur, daß die persönliche Verkehrsfreiheit des einzelnen gestört ist, auch Handel und Gewerbe des Saargebietes werden durch das gänzliche Ausbleiben jeglicher Brief- und Paketpost usw. und die dadurch einsetzende Abschaltung von dessen bisherigen natürlichen deutschen Lieferungsbezirken in der empfindlichsten Weise direkt geschädigt. Die Regierungskommission hat bekanntlich die Aufgabe, als Treuhänderin des sie beauftragenden Volkerbundes das Wohl, also auch wohl das wirtschaftliche Wohl, der Bevölkerung an der Saar in erster Linie im Auge zu behalten. Wir fragen daher: Was hat der saarländische Verkehrsminister Lambert getan, um die Interessen der Saarbevölkerung gegenüber der von der Interalliierten Rheinlandkommission und den Besatzungsbehörden verfügt postalischen und sonstwie verkehrlichen Abschaltung des unbelegten und besetzten Deutschland vom Saargebiet sicherzustellen? Falls dies noch nicht geschehen sein sollte, fragen wir weiter: Was gedenkt der Herr Verkehrsminister Lambert zu tun, um dem französischen Militärimperialismus gegenüber die der Saarbevölkerung im Friedens-

vertrag verbrieften Rechte eines unbehinderten Verkehrs mit dem übrigen Deutschland unverzüglich praktisch zur Durchführung zu bringen? Über, bitte, etwas Tempo, Herr Verkehrsminister. So kann der Post- und Verkehrslandal im Saargebiet nicht weitergehen.

Den besten Beweis, wie sich die Saarregierungskommission mit den Vertragsverleugnungen der Rheinlandkommission abzufinden gedenkt, hat

das Durchreiseverbot für Kommerzienrat Dr. Röchling durch das besetzte Gebiet ergeben. Herr Rault wird nicht bestreiten können und wollen, daß er bei Herrn Tirard bzw. in Paris direkt um dieses Verbot ersucht hat, da ihm die Tätigkeit des Herrn Röchling in Genf gegen die Französisierungspolitik der Saarregierungskommission fürchterlich zu werden drohte. Besonders hierfür ist folgendes Telegramm, das die Fraktionen des Landestages der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Liberalen Volkspartei und der Demokratischen Partei an den Völkerbundrat richteten:

„Völkerbundrat, Genf.

Regierungskommission teilte 19. Mai mit, daß Landesrat Mitglied Dr. Hermann Röchling sich bei Betreten besetzten Gebietes sofortiger Ausweisungsmahnahme aussetzt. Diese Anordnung Interallierter Rheinlandkommission verstößt gegen Note der alliierten und assoziierten Mächte 24. Mai 1919, wonach Versailler Vertrag den Einwohnern des Saargebietes Aufrechterhaltung aller gegenwärtigen Freiheiten zusichert. Zu diesen Freiheiten gehört unbestreitbar die Freizügigkeit in Deutschland. Dieses Recht ist nochmals ausdrücklich festgelegt in § 22 Absatz 3 des Saarstatuts und Artikel 321 Versailler Vertrag. Bemühungen durch Regierungskommission bisher erfolglos. Wir bitten Völkerbundrat, dahin zu wirken, daß jedem Bewohner des Saargebietes dieses garantiierte Recht gewahrt bleibt. Denkschrift folgt sofort.“

Wenn übrigens für diesen Fall neuer Mißachtung der Saarstatutbestimmungen nicht einflußreiche Personen des Völkerbundes interessiert werden können, dann dürfte kaum etwas erreicht werden können, da Herr Rault bekanntlich

nur Unweisungen von Paris anerkennt.

Das beweist das Kapitel „Notverordnung“.

Verordnung gegen die Koalitionsfreiheit.

Am 29. April fand in Saarbrücken eine Tagung der Funktionäre der freien Gewerkschaften statt, die sich mit der jüngsten Verordnung der Regierungskommission (Anlage zum § 152 der Gewerbeordnung, der das Streikpostenstellen verbietet und die Beschlusssitzung Arbeitswilliger unter schwere Strafen stellt), beschäftigte. Der Versammlungsleiter Kimmritz führte dazu laut „Volksstimme“ aus:

„Im Auftrage des A. D. G. B. begab ich mich zum Präsidenten der Regierungskommission, um ihn wegen dieser Verordnung zu interpellieren. Der Präsident Rault der Regierungskommission erklärte mir, daß er bei seiner Anwesenheit in Genf aus Paris ein Telegramm erhalten

habe, die ungehinderte Ausbeutung der Saargruben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unverzüglich wieder herbeizuführen. Zu

Rechtlich bedeute die Verordnung einen Verstoß gegen den § 12 der Anlage zum Friedensverträge, der die Rechte der Arbeiter als unantastbar erklärt. Ihre Begründung durch den § 30 ist hinfällig, da die Ruhe nicht gestört war und außerdem der Landesrat nicht gehört wurde.

Zentrumspartei und Saarregierung.

Der Ausschuß der Zentrumspartei des Saargebietes hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Zentrumspartei des Saargebietes erklärt, daß für sie heute die Voraussetzungen entfallen sind, unter denen sie seinerzeit die Aufnahme von Parteimitgliedern in die Regierung in Vorschlag gebracht hat, und daß sie daher die in Folge ihres Vorschlags ernannten Mitglieder der Regierung nicht mehr als ihre offiziellen Vertreter ansieht. Über die Amtstätigkeit und politische Überzeugung der betreffenden Herren soll damit kein Urteil gesetzt werden.“

Die Zentrumspartei als die größte Partei des Saargebietes hat damit den notwendigen Schnitt zwischen sich und der Saarregierung gemacht. Hoffentlich tun die übrigen Parteien ein gleiches.

Einen dankenswerten Beschluß

hat die Freie Bauernschaft, Kreisverband Saarbrücken, gefaßt. Sie beschloß einstimmig, ihren Mitgliedern zu empfehlen, bei den kommenden Kommunalwahlen nicht die Liste der Grund- und Hausbesitzerpartei, die sich in deutscher Beziehung als unzulässig erwiesen hat, sondern die Listen der Zentrumspartei und der Liberalen Volkspartei zu wählen.

Kleine Tageschronik.

Die erste christliche Kulturstätte des Saargebiets.

Der Bericht 1 des Konservators der geschichtlichen Denkmäler im Saargebiet, der soeben erschienen ist, behandelt u. a. die Ausgrabungen und Funde im Kasbruch bei Neunkirchen und in der Heidentapelle auf dem Halberg und enthält eine Beschreibung der Zufallsfunde, die während der Berichtszeit zur Kenntnis des Konservators gelangten. Als Ergebnis der Ausgrabungen im Kasbruch kann die Feststellung bezeichnet werden, daß im Kasbruch zur Kaiserzeit allem Anschein nach getöpfert worden ist, während durch die Untersuchung in der Heidentapelle als erwiesen betrachtet werden kann, daß die Höhle im 4. nachchristlichen Jahrhundert als Mithreum gebaut und nach der Zerstörung des Mithreums die erste christliche Kulturstätte des Saargebietes gebildet hat. Dem Bericht sind 16 Tafeln mit Abbildungen beigegeben, unter denen sich die Aufnahmzeichnungen der Jungfernsteige und der Heidentapelle befinden.

Saarbrücken. In neuen Rathaus wurde eine Gedenktafel für die im Kriege gefallenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter eingeweiht. In der Gedächtnisrede hob Herr Bürgermeister Dr. Neiles hervor, daß die Gefallenen gestorben wären in dem Glauben an eine bessere Zukunft der Heimat. Wir müßten nach Kräften ihre Hoffnung wahrmachen. Die Gedenktafel steht im mittleren Rathausflur rechts von der Freitreppe. Auf derselben sind die Namen von 64 gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeitern verzeichnet. Die Kosten für die Errichtung der Tafel wurden aus freiwilligen Spenden der Beamten, Angestellten und Arbeiter aufgebracht. — Die neuen Glocken für die St. Annaular Stiftskirche wurden, nachdem sie von bei der Firma Bernhard Seibert beschäftigten Gemeindearbeitern freiwillig nach Feierabend montiert worden waren, in festlichem Gottesdienst geweiht. Sie erhielten die Namen: Jesusglocke, Heldenlodge und Friedensglocke. — Die zulässige Höchstmiete für Marmieten beträgt für Monat Mai 1923 das 932 fache der Friedensmiete. Das schwedische Kreuz (das sich schon große Verdienste um die Linderung der Kindernot in ganz Deutschland erworben hat) hat durch unentgeltliche Überweisung von Lebensmitteln die Verabreichung einer kräftigen Mahlzeit an etwa 200 unterernährte Saarbrücker Kinder für eine Anzahl Wochen ermöglicht. Die Speisung wurde mit einer kleinen Feier in der Herberge zur Heimat begonnen, wobei der städtische Wohlfahrtsdezernent, Beigeordneter Dr. Kuhring, Mitteilung über die Art der Auswahl der für die Speisung in Frage kommenden Kinder mache und den wärmlsten Dank der Stadt an die schwedischen Wohltäter zum Ausdruck brachte. Auch die Stadt Saarbrücken hat zur Ermöglichung und Durchführung der Speisung auch ihrerseits Mittel zur Verfügung gestellt.

Dudweiler (Saar). Die Buchdruckerei Unterkeller (Verlag der „Dudweiler Zeitung“) ging in den Besitz des Kaufmanns Friedrich Blankenburg über. — Der „brennende Berg“, der alljährlich von vielen Tausenden besucht wird, bietet, wie Dr. Specht schreibt, ein Bild wüstester Zerstörung und Unordnung. Gleich am Eingang in die Schlucht ist ein riesiges Loch gegraben (Kohlesuche!), der ganze Weg durch die Schlucht ist mit dicken Steinen, Holz und Schutt derart verlegt, daß er kaum begehbar ist. Die Felsen, aus deren Svalten die heißen Dämpfe aufsteigen, sind teilweise mit Schutthaufen überdeckt und über den Felsen sieht es aus, als wenn ein regelrechter Steinbruch im Betrieb wäre. Die herabfallenden, zum Teil recht umfangreichen Steine drohen das ganze Landschaftsbild zu zerstören. Dr. Specht fordert, daß der weiteren Zerstörung und Verschandlung des Landschaftsbildes mit allen Mitteln entgegengearbeitet wird.

Sulzbach. Vor etwa einem Jahre wurde hinter dem Gaswerk zwischen dem Sulzbach und der Landstraße nach Dudweiler ein ansehnliches Stück Wald abgeholt, damit auf dem Gelände Neubauten errichtet werden könnten. Da die Grubenverwaltung aber keine Garantie für etwaige Grubenschäden übernahm, unterblieb das Bauen. Nun ist das Baugelände doch an Interessenten abgegeben worden, die dort Blockhausbauten zu errichten gedenken, da diese nicht so sehr den Einflüssen der Grubensenkungen unterworfen sind. — Das Hotel „Zur Post“ ist durch Kauf in den Besitz des Wirtes Ernst Baumüller übergegangen.

Völlingen. Gelegentlich des hier abgehaltenen 40 jährigen Jubiläums des Gesangvereins „Flora“ wurde der beiden Veteranen des Vereins, Ludwig Reichert mit 51 und Georg Meyer mit 50 aktiven Sängerjahren, gedacht.

Dillingen. Auf unserem Ehrenfriedhof, wo von unseren ehemaligen Gegnern, Italienern, Russen und Franzosen, zur irdischen Ruhe gebettet waren, sind leichtere ausgegraben und nach Frankreich zur Wiederbestattung verbracht worden. Es handelt sich um sechs; fünf davon sind nach dem gemeinsamen Militärfriedhof Saarburg (Lothringen) überführt, und einer, ein Kapitän, ist schon vor längerer Zeit wunschgemäß nach seiner engeren Heimat Paris verbracht worden.

Eusdorf. Während des Streiks wurde bekanntlich der Bergmann J. Becking von einem Streikbrecher mit einem Hammer niedergeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Nach Wochenlangen qualvollen Leidern ist der Bedauernswerte jetzt geschorben. Becking stand in den 30er Jahren, war verheiratet und hinterläßt Frau und ein Kind.

Graulautern. Ein Angriff wurde abends von einem Fabrikarbeiter in der Nähe des Bahnhofs auf zwei Frauen verübt. Ein Gewerkschaftsbeamter eilte zu Hilfe und befreite die Überfallenen aus ihrer bedrängten Lage. Der Wüstling konnte festgenommen werden.

Wadern. Auf der Eisenbahnstrecke Büschfeld-Wadern, die bis jetzt immer noch vom Personal der deutschen Reichsbahn verwaltet wurde, ist jetzt wegen Besetzung der Franzosen der gesamte Zugverkehr eingestellt worden. Die Züge verkehren nur noch bis und von Limbach (Kreis Saarlouis).

Saarlouis. Am 25. April, nachmittags, wurde von dem 18jährigen (!!) Paul Minor in Wallersfangen ein junger Mann namens Weidling vom Baum herunter erschossen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Tödlich verunglückt ist hier ein Monteur namens Finger, der an der Rodener Schanze an der Hochspannungsleitung arbeitete. Er war im Begriff, einen Ast abzujagen, der beim Heruntersinken mit den Drähten in Berührung kam. Der Schlag, den F. erlitt, wirkte sofort tödlich.

Tiefflen. Vom elektrischen Strom getötet wurde hier der 21jährige Maurergehilfe P. Göbel aus Uersfeld in der Eifel. Bei der Aufrichtung eines Gerüstes kam der junge Mann mit der elektrischen Leitung in Berührung und wurde sofort getötet.

Merzig. Eine Reihe von Neubauten werden im hiesigen Kreise errichtet werden, insgesamt 34 Doppelhäuser mit zwei bis vier Wohnungen. — Die Arbeiten für den projektierten neuen Zollbahnhof, die bereits vor einigen Wochen in Angriff genommen wurden, sind jetzt vorläufig wieder eingestellt worden. Der Grund der Einstellung entzieht sich unserer Kenntnis. — Der Stand der Weinberge hier auf dem Kreuzberg usw. ist in diesem Jahre nicht so günstig. Die Nachfröste, die nachhaltige Witterung sowie auch der vor einigen Wochen eingetretene Hagel haben die Blüte sehr beeinträchtigt. Die meisten Reben haben nur einzelne Blüten aufzuweisen.

Nosheim. Auf eine Wildererbande stieß ein Jagdpächter im Distrikt Harsfeld, als er auf einem Hirschgang begriffen war. Zwei der Wilderer ließen sich stellen und gaben ihre Gewehre ab. Die anderen nahmen schleunigst Reißaus, doch sind die Personalien festgestellt und Anzeige erstattet.

Neunkirchen. Der in den fünfziger Jahren stehende Führschnicht August Bousenderfer von hier hat auf amilichem Wege aus Paris den Bescheid erhalten, daß ihm ein mehrere Millionen Franken betragendes Erbe, das sein Großvater, ein Belazarenfabrikant in der Seinestadt, hinterlassen hat, zugefallen ist. Bousenderfer ist nun mit den erforderlichen Ausweispapieren in Begleitung eines Reichskundigen und eines Dolmetschers nach Paris abgereist, um dort die Hinterlassenschaft mit noch einer Schwester von ihm anzutreten.

Münchweiler. Der Bergmann Peter Holzer von hier ist auf der Grube Verbach durch Herzschlag, anscheinend an den Folgen einer Überanstrengung, gestorben.

St. Wendel. Ein frecher Einbruch wurde hier in der Wendalinuskapelle und in der Kapelle am Missionshausweg verübt. Die Opferstöße beider Kapellen wurden mit einer Haxenzertrümmert und ihres Inhalts beraubt.

Epelborn. Mehrere große Abschiedsfeiern veranstaltete die hiesige Bürgerschaft, insbesondere die Bergarbeiter, ihrem schiedenden Knappenschaftsarzt Dr. Bartsch, der nach 18jähriger segensreicher Tätigkeit nun in seinen neuen Wirkungskreis Neden übersiedelt.

Wiebelskirchen. Ein lobenswerter Versammlungsbeschluß kam innerhalb der „Musikvereinigung Harmonie“ dadurch zustande, daß hinfort beim Ableben eines Mitgliedes von den übrigen Mitgliedern je ein Franken erhoben und der durch diese Erhebung sich ergebende Betrag insgesamt den Hinterbliebenen des verstorbenen Mitgliedes behändigt wird.

St. Ingbert. Ein tödlicher Unfall ereignete sich im nahen Rohrbach. Die 78jährige Witwe Stubn wurde in einem Hofe von einer plötzlich einkürzenden Mauer erschlagen.

Aus der Pfalz. Vom Hilfsbund der Rheinpfälzer in New York ist abermals eine große Spende für die Pfalz eingetroffen. Es handelt sich um 6 Millionen Mark, die an alle bedürftigen Leute verteilt werden sollen. — Mit Haftbefehl stellbrieflich verfolgt wird von der Staatsanwaltschaft Zweibrücken der 38 Jahre alte Kaufmann Otto Preller aus Zweibrücken, Teilhaber der Kohlen-großhandlung Geib. u. Preller, hier, der unter Zurücklassung von finanziellen Verpflichtungen in Höhe von etwa 70 Millionen Mark das Weite gesucht hat. Der Flüchtige wurde zuletzt in Frankfurt am Main gesehen, von wo seine Spur ins Saargebiet führte.

Personalausrichtungen.

Großbaumeister Wilhelm Schmidt in Ottweiler ist am 24. Mai plötzlich verstorben. Er befand sich auf der Reise nach Badenweiler, wo er Erholung suchen wollte. Ein Herzschlag beendete vorzeitig diese Fahrt. Der Verstorbene war lange Jahre Beigeordneter und Stadtverordneter der Stadt Ottweiler, ferner gehörte er früher dem Kreisausschuss und Kreistag lange Jahre als Mitglied an, desgleichen dem Vorstand der Kreisparade und verschiedenen Kreiswissenschaften. Stadt, Stadtverwaltung, Stadtverordnetenversammlung und Kreisausschuss widmen dem Verstorbenen dankbare Nachrufe. Unermüdliche Treue, Gewissenhaftigkeit, Freudlichkeit im Berleb mit jedermann, eine seltene Arbeitskraft waren die schönen Tugenden, die den Heimgegangenen ausgezeichneten. Selbst als er schon krankte, brachte er es nicht übers Herz, sich von seiner nicht geringen Arbeit zu trennen und auch bis zu seinem Tode bat er stets noch gern der Stadt gedient, die ihm eine zweite Heimat geworden war.

Von der Eisenbahn. Zu Gütervorstehern wurden ernannt: Die Oberbahnhilfssistenten Heinrich, Herne, Löhr und Schindowsky bei der Güterabfertigung Neunkirchen; ferner wurden bei der Eisenbahnwerftstätte Neunkirchen ernannt: Vorsteher Dippe zum Amtmann, die Betriebswerkmeister Schollau zum Oberingenieur, Ullrich und Dietrich zu Ingenieuren.

Von der Post. Oberpostsekretär Bräuniger vom Postamt Dillingen wurde zum Postinspektor ernannt.

Aus der Justizverwaltung. Am Amtsgericht Neunkirchen wurden ernannt: Justizinspektor Rechnungsrat Brand und Justizobersekretär v. Jagielski zu Gerichtsoberinspektoren, Justizobersekretär Schu zum Gerichtsrentmeister, Kanzleinspektor Schild zum Kanzleibefehlshörer und Kanzleiafficient Kitz zum Kanzleibefehlshörer.

Aus den Gemeindeverwaltungen. Zum Bürgermeister von Lebach wurde der bisherige kommissarische Bürgermeister Graf ernannt. — Zum Oberamtmann ernannt wurde kommissarischer Bürgermeister Noll in Dillingen. Kreissekretär Bennen in Merzig wurde der Titel Verwaltungs-Oberamtmann verliehen. Kreisbote Lehner in Merzig erhielt die Amtsbezeichnung Botenmeister.

Seinen 70. Geburtstag feierte Anfang Juni Seminarmusikdirektor und Liederkomponist Karl Becker, der früher in Ottweiler tätig war. Ein Mitsänger im Bederischen Chor widmet dem 70jährigen in der „Saar- u. Bliesgau.“ einige Erinnerungszeilen, in welchen das erfolgreiche Bestreben des damals 30jährigen Becker gewürdigt wird, vor 40 Jahren Ottweiler zum Sammelpunkt der tüchtigsten Gesangskräfte aus der näheren und weiteren Umgebung zu machen. Der Glanzpunkt aller musikalischen Aufführungen unter dem Dirigentenstab des 30jährigen Musiklehrers war der herrliche Verlauf des in Ottweiler in der Pfingstwoche 1883 abgehaltenen Mittelrheinischen Lehrergefängsfestes. Seine in Ottweiler gemachten guten Erfahrungen und trefflichen Erfolge sind wohl sicher der Ansporn geworden, an dem neuen Wirkungsorte Neuwied noch recht viel Gediegene und Großes zu schaffen.

Auf eine vierzigjährige Tätigkeit im Dienste der Gemeinde Sulzbach konnte in diesen Tagen der Gemeindearbeiter Jakob Klein zurückblicken. Aus diesem Anlaß versammelte Bürgermeister Barth die Vorgesetzten, den Arbeiterausschuss und die Arbeitskollegen des Jubilars zu einer kleinen, aber herzlichen Feier, bei welcher ihm seitens der Gemeinde eine Uhr überreicht wurde.

Berufsjubiläum. Auf eine 50-jährige Tätigkeit im Dienste der Hütte konnte der auf dem Walzwerk in Dillingen beschäftigte Joh. Seeger zurückblicken. — **Auszeichnung.** Aus Anlaß seiner 50-jährigen Zugehörigkeit zur Feuerwehr und seiner hervorragenden Tätigkeit während der Fliegerangriffe zur Zeit des Krieges wurde dem Oberbrandmeister August Meiser von der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft das silberne Rettungsabzeichen verliehen.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten am Pfingstsonntag in aller Stille die Eheleute Georg Hungong und Louise geb. Noll in Kittel. Leider war es durch die Besetzung zweien der Söhne nicht vergönnt, an der Feier teilzunehmen. 3 Söhne und 5 Töchter mit 29 Enkel und 1 Urenkel sind aus der glücklichen Ehe hervorgegangen. Das Jubelpaar steht im Alter von 72 bzw. 70 Lebensjahren. Beide sind noch sehr rüstig und Herr Hungong fährt noch jeden Morgen um 5 Uhr nach St. Ingbert zur Arbeit, woselbst er vor zwei Jahren ebenfalls das 50jährige Arbeitssjubiläum feiern konnte. Mögen dem Jubelpaare noch einige Jahre des Glückes beschieden sein, daß sie die Zeit noch erleben, wo ihre Kinder ohne Pflicht und ohne Gefahr wieder heimkehren in die teure deutsche Pfalz, in das deutsche Elternhaus.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Matthias Bell in Fischbach. An Nachkommen haben die Jubilare 12 Kinder, wovon fünf noch unter den Lebenden weilen, 23 Enkel und 3 Urenkel. Das Ehepaar erfreut sich noch der vollen Gesundheit und Rüstigkeit.

Schule und Kirche.

Der neuernannte Pfarrer der Pfarrei Herz-Jesu in Burbach, Pastor Mack, wurde am letzten Pfingstmontag in feierlicher Weise eingeführt. Die kirchliche Einführung vollzog Dekant Prälat Schelmeyer im Auftrage des Herrn Bischofs.

Eine Missionsausstellung stand in der Turnhalle am Landwehrplatz statt, die sich sehr regen Besuches zu erfreuen hatte.

Die ungünstigen Schulverhältnisse im Bliesatal werden in einer Notiz der „Saarbr. Ztg.“ besprochen. Es heißt darin u. a.: Der Besuch höherer Schulen war für die Kinder des Bliesaltales schon immer schwierig. Möglich aber sind in der letzten Zeit die Verhältnisse geworden. Die Schüler können nur noch bis Einschafften, müssen zu Fuß nach Zweibrücken wandern und kommen oftmals durchnäht und mit großer Verspätung im Unterricht an. Die Folgen dieser Misere kann sich jeder ausdenken. Eine Orientierung nach Saarbrücken ist der hohen Kosten wegen für minderbemittelte Eltern ganz und gar ausgeschlossen. Solange in Blieskastel keine Möglichkeit zum Besuch höherer Schulen geboten ist, bleibt Zweibrücken für die Bewohner des Bliesaltales einziger Ausweg. Wer nimmt sich der Bewohner des Bliesaltales in dieser Sache an?

Zum hauptamtlichen Vetter der gewerblichen Fortbildungsschule Homburg wurde der bisherige städtische Oberlehrer Wilhelm Pfersdorff vorgeschlagen und bestätigt.

Kaplan Rau in Merzig ist als Vertreter des erkrankten Pfarrers nach Saarburg versetzt.

Pfarrereinführung. Am Pfingstmontag wurde der neue Pfarrer für die Marienpfarrei in Roden (Saarlouis 2), Pastor Gund, bisher in Arzfeld im Kreise Brum, feierlich eingeführt.

Aus der Schulverwaltung. Die Studienassessoren an der Landesschuleanstalt St. Wendel Wein und Palz wurden zu Studienräten ernannt; der stellvertretende Direktor der Instal., Herr Spindeler, erhielt bei der Durchführung der neuen Bevölkerungsordnung den Titel „Studienprofessor“. — Lehrer Szliska, Kohlhof, ist zum Rektor an der katholischen Schule in Spiesen ernannt worden, ebenso Lehrer Stöck-Schlawerke zum Schulleiter der dortigen katholischen Schule.

Die technischen Grubenbeamten saßen in einer stark besuchten Versammlung eine Enthüllung, in der sie die Erwartung aussprachen, daß die Generaldirektion die bei der Übergabe schriftlich zugesagte Koalitionsfreiheit auch weiterhin beachtet, die Beamten nur nach ihrer Pflichterfüllung und nicht nach Organisationszugehörigkeit gerecht behandelt und über die Wünsche und Forderungen der technischen Beamten und Angestellten mit den beruflichen Organisationsvertretern verhandelt. Sie legen Verwahrung dagegen ein, daß einzelne moralisch und dienstlich gering qualifizierte Beamten mit Drohungen und Versprechungen für den Saarbund arbeiten und sich dabei Rechte anmaßen, welche nur der Direktion zustehen. Die Versammlung ersuchte ferner dringend um die Anstellung der noch aus dem Jahrgang 1921 vorhandenen Bergschüler sowie um die Anstellung des Jahrganges 1922. Eine Zugehörigkeit zu dem „Saarbund“ hält die Versammlung mit der Standesehrte und der Eigenschaft als aufrichter Angestellter und Beamter unvereinbar.

Sport.

Die Turnerjugend an der Saar gab sich am vorletzten Sonntag bei prächtigem Wetter in Völklingen ein Stelldeichlein mit Sang und Klang, Festgottesdienst, Reigen und Wettkämpfen.

Um 10 Uhr nahm der Gauvertreter des Bliesgaues Büttner aus Neunkirchen mit eindrucksvollen Worten die Weihe des neuen Wimpel vor. 56 Wimpel flatterten im Winde, von denen ein Teil bereits auf dem vorjährigen Jugendtag in Weimar geweiht worden war. An dem Umzug beteiligten sich über 70 Vereine mit etwa 5000 Jugendlichen. Nach der Rückkehr auf den Platz hielt der erste Vorsitzende des Saar-Bliesgaues, Herr Burk, eine begeisterte Ansprache. Er verglich die heutige Erniedrigung Deutschlands mit derjenigen zur Zeit des Turnvaters Jahn, aber so wenig wie dieser dürften auch wir heute die Hoffnung nicht sinken lassen, die Hoffnung, die in erster Linie auf die Jugend blickt. Es folgten dann Geräteturnen, Turnspiele, Tauziehen, Reigen und Volkstänze, Freilübungen usw.

36. Gauturnfest des Saar-Bliesgaues der D. T. Am 16. und 17. Juni findet das diesjährige Gauturnfest des Saar-Bliesgaues in Malstatt statt. Zur Ablösung der turnerischen Veranstaltungen ist der allbekannte Platz im Stadtpark Ludwigshafen vorgesehen.

Gymnasiallehrer Hirschfeld ist im hohen Alter in Birkenfeld gestorben. Als langjähriger Gauvertreter des Nahe-Idartalgauens der Deutschen Turnerschaft, an der er mit seltener Begeisterung hing, erwarb sich Hirschfeld hohe Verdienste um die Allgemeinheit.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Der Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Magdeburg und Umgebung nennt sich die am Dienstag, dem 29. Mai, in Magdeburg gegründete jüngste Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“. Nachdem schon im Jahre 1920 in Schönebeck a. d. Elbe dank den Bemühungen unseres Landsmannes, Direktors Wilhelm Klein in Schönebeck a. d. Elbe eine Ortsgruppe gegründet worden war, welche an der Durchführung der Aufgaben, die sich der Bund „Saar-Verein“ gestellt hat, regen Anteil genommen hat, ist es wiederum ein Landsmann, und zwar der in Saarbrücken und im Saargebiet in hohem Ansehen stehende und allgemein beliebte Rechtsanwalt Giersberg, welcher von der Regierungskommission des Saargebietes seinerzeit ausgewiesen worden ist und dann seine Praxis und Wohnsitz nach Magdeburg verlegt hat, dem die Gründung der Magdeburger Ortsgruppe zu verdanken ist. Besonders freudig ist es aber zu begrüßen, daß in der Gründungsversammlung der Vorsitzende der Ortsgruppe Schönebeck, Direktor Klein, die Erklärung abgeben konnte, daß die Mitglieder der Schönebecker Ortsgruppe sich geschlossen der „Ortsgruppe Magdeburg und Umgebung“ anschließen würden, um diese neue Ortsgruppe noch lebenskräftiger gestalten zu können, als es bisher bei der Schönebecker Ortsgruppe wegen der geringen Zahl der Saarländer möglich gewesen ist. Rechtsanwalt Giersberg leitete die Versammlung und eröffnete sie, indem er die zahlreich erschienenen Damen und Herren herzlich willkommen hieß. Er ging dann auf die Frage, weshalb die Gründung einer Ortsgruppe in Magdeburg im Interesse der Mitarbeit für die Deutscherhaltung des Saargebietes notwendig sei, näher ein, indem er besonders betonte, daß auch Magdeburg in der Reihe der zahlreichen Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“ nicht fehlen dürfe. Sodann erteilte er dem Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin, Verwaltungsdirektor Vogel, das Wort zu einem längeren Vortrag über die Entstehung und die Aufgaben des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Er wies auf den Kampf hin, den die treudeutsche Saarbevölkerung gegen die Verwischungsbestrebungen schon im fünften Jahr führen müsse. Der Kampf sei schwer und lang und müsse geführt werden gegen einen siegestrunkenen Gegner, der sich nicht einmal schmeue, Zug und Trug und Gewaltmittel aller Art anzuwenden. Der Abwehrkampf müsse systematisch und planmäßig geführt werden, die Arbeit müsse einheitlich sein, wenn sie große Erfolge zeitigen soll. Der oberste Grundzog der Arbeit des Bundes „Saar-Verein“ müsse sein: Stärkung des Saardeutschstums, Förderung der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen, nationalen und bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge mit dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland, Heranziehung des gesamten deutschen Volks zu dieser Vaterlandsarbeit. Verwaltungsdirektor Vogel gab dann Worte und Anregungen für die Vereinsarbeit, durch welche dieses Ziel erreicht werden könne. Für alle deutschen Männer und Frauen gäbe es nur einen Wahlspruch: dem Saargebiet und seiner festdeutschen Bevölkerung Treue um Treue zu halten. Nachdem der Versammlungsleiter, Rechtsanwalt Giersberg, die Notwendigkeit der Gründung der Ortsgruppe Magdeburg dargelegt hatte und Direktor Klein, Schönebeck a. d. Elbe, diese Notwendigkeit noch unterstrichen hatte, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden einstimmig gewählt zum 1. Vorsitzenden: Rechtsanwalt Giersberg-Magdeburg, 2. Vorsitzenden: Direktor W. Klein-Schönebeck a. d. Elbe, Schriftführer: Fräulein Papen-Magdeburg, Kassierer: Schreiner-Schönebeck a. d. Elbe, zu Beisitzern: Oberregierungsrat Bindewald-Magdeburg und Kaufmann Messert-Magdeburg. Als Versammlungsort wurde der „Blau Elefant“ bestimmt. Es wurde ferner beschlossen, zunächst jeden Dienstag der zweiten Woche des Monats, vorbehaltlich einer anderen Regelung, regelmäßige Zusammenkünfte abzuhalten.

Die Ortsgruppe München des Bundes „Saar-Verein“ hielt am 14. Mai 1923 im Bamberger Hof zu München eine außerordentliche Generalversammlung ab, die vom 2. Vorsitzenden, Herrn Johannes, eröffnet wurde. In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst verschiedene eingegangene Schreiben bekanntgegeben, darunter auch ein Brief des 1. Vorsitzenden Dr. Mener, der wegen Arbeitsüberhäufung sein Fernbleiben von der Versammlung entschuldigte. Die Herren Maus und Kern wurden zur Erledigung des Punktes 2 (Entlastung des Vorstandes) für die Prüfung der Kasse bestimmt; die endgültige Erledigung dieses Punktes wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Verwaltungsdirektor Vogel gab darauf in einem kurzen Vortrag sehr interessante Ausführungen über Entstehung, Entwicklung, Leistung und die noch sehr schwierigen Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“. Besonders verwies Herr Vogel auf die Bedeutung der Ortsgruppe München, deren intensive Mitarbeit ihm mehr als selbstverständlich erscheint. Darauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes, der sich nunmehr wie folgt zusammensetzt:

1. Vorsitzender: Herr Johannes, 2. Vorsitzender: Herr Vogel, Ludwig, 1. Schriftführer: Herr Pöller, Ernst, 2. Schriftführer: Herr Schreiner, 1. Kassierer: Herr Karman, Josef, 2. Kassierer: Herr Maus, Beisitzer: Herr Dr. Schmitt, Studentenvertreter: Herr Lauterborn und Herr Hell.

Über den Verlauf sowie das Programm des Münchener Turnfestes, insbesondere den Empfang der Saarländer Turner und den Münchener Saarturner-Abend gab Herr Weil in kurzen Umrissen die erforderliche Übersicht. Am 13. Juli abends treffen etwa 4000 Turner aus dem Saargebiet in München ein, die am Bahnhof von der Ortsgruppe, Vertretern der Staatsregierung usw. empfangen werden. Abends um 8 Uhr findet dann der Empfang im Rahmen des Münchener Saarturnerabends im großen Saal des Männerturnvereins 1870 in der Häberstraße 11 statt. Zur Durchführung der Vereinsarbeit wurde ein Antrag angenommen, wonach Mitglied der Ortsgruppe jeder Deutsche werden kann. Über Aufnahme oder Ablehnung entscheidet der Vorstand. Herr Lauterborn gab das Protokoll der letzten Studentenversammlung bekannt; künftig sollen die Angelegenheiten der Studentengruppe durch die Studentenvertreter in den Ausschüssen erledigt werden. Der Mitgliederbeitrag für ein Jahr wurde auf die Mindestsumme von 200 M. festgelegt, für außerordentliche Beiträge sind keine Grenzen gezogen.

Die Berliner Burschenschaft „Saravia“, welche im Jahre 1872 von Saarbrücker Studenten der Technischen Hochschule gegründet worden ist, feierte vom 8. bis 10. Juni das 51. Stiftungsfest, zu welchem der Bund und die Geschäftsstelle Saar-Verein eingeladen worden war. Auf der am Sonnabend, den 9. Juni, in den Räumen der Burschenschaft (Elssasserstr. 39) stattgehabten Festrede mit Landesvater überbrachte Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, welcher mit Herrn Ingenieur Laubé-Berlin als Vertreter des Bundes Saar-Verein und der Ortsgruppe Berlin erschienen war, die Glückwünsche seiner Landsleute in einer längeren Ansprache. Er wies auf die guten Beziehungen hin, die schon seit langem zwischen der Burschenschaft „Saravia“ und der Geschäftsstelle und der Ortsgruppe Berlin des Bundes „Saar-Verein“ bestehen. Er schilderte dann in kurzen Worten die vorbildliche, treudeutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar in ihrem schweren Kampfe um die Deutscherhaltung des Saargebietes mit dem Gelöbnis unentwegter Treue zu Preußen und dem Deutschen Reich. Mit dem Wunsche, daß die gegenseitigen Beziehungen zwischen Saar-Verein und „Saravia“ stets wie bisher die besten sein mögen, rief er der „Saravia“ ein herzliches „vivat, crescat, floreat“ zu.

Rhein, Ruhr und Saar. Am 15. Mai fand in der Aula der staatlichen Augusta-Schule in Berlin eine vom Evangelischen Bund veranstaltete Kundgebung für Rhein, Ruhr und Saar statt. Der Leiter der Veranstaltung, Pfarrer Müller, betonte die gemeinschaftlichen Aufgaben in der Arbeit für Rhein, Ruhr und Saar. Für den Abend hatten sich der Lautensänger Barthuschel, eine Rezitatorin und Herr Ommert vom „Saarverein“ zur Verfügung gestellt. An der Hand wohlgefunder Lichtbilder zeichnete Herr Ommert ein anschauliches Bild von Rhein, Ruhr und Saar, er kennzeichnete, was uns diese Gebiete sind und was es bedeutete, wenn wir sie verlieren würden. Für ihre Deutscherhaltung darf uns kein Opfer zu groß sein.

Unterstützung notleidender pensionierter Bergleute im Saargebiet.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat sich in einer längeren Eingabe an den deutschen Grenzmarkenverband gewandt, um seine Aufmerksamkeit auf die Not der pensionierten Bergleute im Saargebiet zu lenken, mit der gleichzeitigen Bitte, durch Bereitstellung reichlicher Mittel Abhilfe schaffen zu wollen.

In der Eingabe heißt es u. a.: „Immer höher steigt im Saargebiet die Tendenz; alle Bedarfssachen müssen infolge der nunmehr verfügbaren Frankenwährung in Franken bezahlt werden. Immer stärker und drückender wird damit die Not der pensionierten Bergleute, deren so überaus kärgliches Einkommen zum Leben zu wenig und auch zum Sterben nicht mehr hinreichend ist. Oft müssen solche pensionierten Bergleute, die ihre Kraft in vergangenen Jahren der Bergarbeit zur Verfügung gestellt haben, mit Frau und Kindern hungern und darben, da die Pension nicht einmal zur Beschaffung des unbedingt nötigen Lebensunterhaltes reicht. Woher aber soll dann noch Geld genommen werden für Kleider, Schuhe und sonstige unabwendbare Bedürfnisse? In einem in Saarbrücker Zeitungen veröffentlichten Notruf, der ungefähr Vorstehendes zum Ausdruck brachte, haben sich pensionierte Bergleute an die Gewerkschaften, denen sie angehören, gewandt mit der Bitte, alle Kraft einzusehen dafür, daß doch wenigstens etwas für sie geschieht, damit sie nicht der Verzweiflung anheimfallen. Wir erachten es für unsere Pflicht, unsererseits den Bund der deutschen Grenzmarken-Verbände auf diese besondere Notlage aufmerksam zu machen, und geben uns der Hoffnung hin, daß auch dort Mittel und Wege gefunden werden, diese Not zu lindern.“

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, C. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Felix Müller (Stephan 109), Berlin-Schöneberg, Ehrenhauser Str. 52. / Vorst: Bankdirektor Karl Kraeniger (Haus: Jenaer 610-62, Privat: Wilhelm 2261) Charlottenburg, Esplanadenstraße 7. / Kasse u. Postkonto Berlin 15201; Bankbeamter Jakob Schmitt, Berlin-Sieglinde, Posthingerstraße 16. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 100, a. d. Wiedenammer Brücke. / Zeitungsauslieferung: H. Voos, Carl Maria Maier, (Mosabit 104), NW. 5, Quellenstraße 146.

Pfälzer Wanderlied.*

Dem Verein der Pfälzer in Berlin gewidmet
von Carl Maria.

:: Das Trinken ist des Pfälzers Lust, ::
Das Trinken!
Das kann kein echter Pfälzer sein,
:: Der nicht gern trinkt sein Schoppen Wein, ::
Sein' Schoppen Wein!

:: Vom Vater haben wir's gelernt, ::
Vom Vater!
Ob Bier, ob Wein, das war im Wurst.
:: Er hatte stets gesunden Durst, ::
Gesunden Durst!

:: Das Lieben ist des Pfälzers Lust, ::
Das Lieben!
Das müßt' kein rechter Pfälzer sein,
:: Der nicht geküßt manch' Mägdelein, ::
Manch' Mägdelein!

:: Die Mutter hat's uns ja gelehrt, ::
Die Mutter!
Denn hätt' sie keinen Schatz gehabt,
:: Hätt' uns doch nicht der Storch geschnapp't, ::
Der Storch geschnapp't!

:: Das Singen ist des Pfälzers Lust, ::
Das Singen!
Das müßt' ein „Pfälzer Krächer“ sein,
:: Der nicht gern singt bei Weiß und Wein, ::
Bei Weiß und Wein!

:: „Wein“, „Weiß“, „Gesang“, ich bleib' euch treu, ::
Wein, Weiß, Gesang!
Und geh' ich eins zu leichter Ruh.
:: Ruf ich noch: Welt, wie schön warst du, ::
Ja schön warst du!

(Alle hier erschienenen Lieder sind bei Wanderungen und Vereinsabenden stets mitzubringen.)

Vereinsnachrichten.

Unsere Familienabende, genannt Monatsversammlungen, jeden 1. Freitag im Monat, erfreuen sich steigender Besuchtheit. Auch der verschossene war wieder gut besucht von Jung und Alt, namentlich dem prachtenden Mittelalter, dem der Scheim im Raden liegt. Wohl fehlten einige gewohnte Gesichter der Stammgäste, aber sie wurden gut ersetzt durch eine ganze Anzahl von Neulingen, denen es anscheinend ganz gut gefallen hat. Dank gebührt Mitglied Rothaar und einem eingeschrittenen Geigenkünstler für beider Violinvorträge, welche sehr dankbar aufgenommen wurden. Alles in allem ein gutes Zeichen, daß sich die Verbindungen unter den Mitgliedern immer enger und herzlicher gestalten.

Mitgliederzugang im Mai 1923:

28. Kaufmann Eduard Gerhardt, SD. 36, Rieschholzstraße 402 (Vater aus Bad Dürkheim).
29. Fr. Helene Meyer, Schwester im R. Birchow-Krankenhaus, N. 65, Augustenburger Platz (Speyer).
30. Kaufmann Herm. Müller, Major a. D., Wilmersdorf, Regensburger Straße 21 (Kaiserslautern).
31. Guts. Oberländer, Inhaber der Firma Dr. Kolonialhaus Bruno Untermann Nachf., W. Landshuter Straße 4 (Kaiserslautern).
32. Kaufmann Phil. Rönnisch, Halensee, Joh.-Georg-Straße 23 (Bad Dürkheim).
33. Ministerialratmann Heinz Vollmer, Potsdam, Waisenstraße 80 (Stambach, Bez. A. Zweibrücken).

* Nachdruck unter Quellenangabe und Beleg an den Verein der Pfälzer in Berlin gern gestattet.

Mr. Vor geladenem Kreise wurde am 25. Mai 1923 im Herrenhause Leipziger Straße 3, von der Liga zum Schutz der deutschen Kultur die Ausstellung „Rhein und Ruhr im Abwehrkampf“ feierlich eröffnet. Die zahlreichen Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, landsmannschaftlichen Vereinigungen, in- und ausländischen Pressevertreter begrüßte in seiner Eröffnungsansprache Herr Dr. vom Berg. Ihm schloß sich Herr Studienrat Dr. Hengstenberg an, welcher für die landsmannschaftlichen Vereine, Reichsverband der Rheinländer, Saar-Verein und die Landsmannschaften von Eupen-Malmédy sprach. In fernigen, von unendlicher Heimatliebe zeugenden Worten sprach Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg. Er schilderte die Not und die Zustände im besetzten Gebiet, insbesondere im neu besetzten Ruhrgebiet. An hand eines guten Zahlenmaterials schilderte er die traurigen Zustände, die seit der Besetzung durch die Franzosen eingetreten sind. Obwohl amtlicherseits über die Verbrechen keine Statistik bisher zusammengestellt werden konnte, war es Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres dennoch möglich, zuverlässige Zahlen zu erhalten, die allerdings nicht nach oben hin begrenzt sind. Am Freiheitsstrafen wurden insgesamt über 600 Jahre und an Geldstrafen über 2 Milliarden Mark verhängt. Über 50 000 Menschen sind aus der Heimat unter brutalster Behandlung vertrieben worden. Die politischen Gefangenen wurden wie gemeine Verbrecher behandelt. Er fordert von den im unbesetzten Gebiet lebenden Deutschen mehr Gefühl, Anteilnahme und praktische Beistaltung als bisher. Jeder muß sein Bestes für das besetzte Gebiet tun.

Ein Rundgang durch die mit statistischem Material, Propagandabildern, Photographien und Plakatzeichnungen ausgestattete Ausstellung beschloß die Eröffnungsfeier.

Wenn wir auch gewöhnt sind, daß die Pfalz selten oder nie im Zusammenhang mit der Rhein-, Ruhr- und Saarfrage genannt wird, so berüht es uns doch immer peinlich, wenn bei denartigen Anlässen nicht genug auf die zum mindesten gleichen Leiden der Pfalz hingewiesen wird. Die Pfalz, die in den Jahrhunderten wiederholt die Besetzung durch den Feind erleben muhte, ist der Epizenter Deutschlands im Südwesten. Hält die Pfalz fallen mit ihr unbedingt die Rheinlande und das Saarland ist für immer verloren.

Auch auf der Ausstellung vermissten wir mehr Material über die Pfalz selbst; das gezeigte Material ist nicht erschöpfend genug. Der Verein hat sich daher veranlaßt gesehen, aus seinen Beständen Dokumente über die Pfalz der Liga anzubieten, damit die Ausstellung dadurch vervollkommen wird.

Unsere Landsleute aber bitten wir dringend, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuwirken, daß aus dem Dreiklang „Rhein, Ruhr und Saar“, den der unermüdliche Saar-Verein durchgesetzt hat, ein Viertklang geschaffen wird, der dem räuberischen Einbruchsgesindel noch Jahrzehnte in den Ohren gellen soll:

Rhein und Saar,
Ruhr und Pfalz,
Deutsch immer dar —
Gott erhält's!

Johanniskreuz. Unsere diesjährige Sonnenwende feier findet am Samstag, den 30. Juni, in althergebrachter Weise bei unserem Mitglied Breit in Oberschönneweide, Waldstraße 73/74 (Restaurant „Im Krug zum grünen Kranze“), statt. — Gäste werden erwartet, weshalb es geboten erscheint, daß seitens unseres Mitglieder ein guiter und zeitiger Besuch aufzuweisen ist. Für gesunde Unterhaltung ist gesorgt. Beginn 7 Uhr abends, Ende nach Besetzen. Fahrtverbindung: Stadtbahn bis Sadowa, von da 20 Minuten Spaziergang durch das Wäldchen; oder bis Niederschönneweide und von da 25 Minuten zu Fuß bzw. mit Straßenbahn bis Kaiserstraße; oder durch die Leipziger Straße mit Linie 178 bis Kaiserstraße.

Nächste Vorstandssitzung: Samstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Krug zum grünen Kranze“, Oberschönneweide.

Nächster Familienabend: Freitag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Hotel Atlas“ an der Wiedenammer Brücke. — Die Stammgäste werden gebeten, den neuen Mitgliedern und Gästen zuzeitiger zu erscheinen.

VII. Progr. Wanderung. Sonntag, d. 8. Juli 1923, Seddin
— Beelitz. Führer: Kiefer und Maier. Ab Charlottenburg
9.25 Uhr (ab Wannseebahnhof 8.40, Wannsee umsteigen), am
Seddin (Bahnhof) 10.30 Uhr durch prächtigen Eichenwald über
z. Kunersdorf nach Restaurant Jägerhof am Seddinsee 11 Uhr
(Frühstück, gutes Haus, Seestraße, Fleischbrühe, Milch). Ab-
marsch 12 Uhr durch Dorf Seddin zum Teufelsee, 1 Uhr Waldstast
(Wadeanzug und Sämtlich mitbringen, Wiederbächer raus). Dann
weiter nach Krabshof, 2½ Uhr Kaffeerast (Gasthaus zur alten
Försterei, Max Blümle). Schluß Bahnhof Beelitz-Heilstätten
5.30 Uhr. — Insgesamt 4 Stunden. — Bequeme Wanderung.

Neues vom Leon. Leon ist bekannt als wichtig, kann aber auch sehr massiv werden. Als ihn sein Freund Maier fragt: „Sag mal Leon was ist eigentlich Nichts“, gibt er zur Antwort: „Du Kamel, mir isch nix. Nix isch ä Flash mit ohne Glas un wu kann Schlobber druff isch.“ — Wie er jüngst in Spandau im Matscheller „tabelliert“ bekam er Krach mit dem Ober, und wie dieser gerade wieder langsam, ganz langsam an ihm vorbeilaicht, rief er ihm zu: „Sie Herr Ober, gehne Se nie in de Zolosische Gaade, dann wann do die Schildkröte an Ihne vorbeiraft, pärtn Se schwindelig!“

Wie er neulich in Schmödow mit seiner Maria Krach belaum, weil sie ihn auch gar zu eilig behandelt hat, lief er auf und davon. Seine Freunde wollten ihn festhalten, aber er rief ihnen zu: „Nix isch, heut sieht se mich nimmer.“ Fort war er und Wort hielt er. — Glöckenschlag 12 Uhr und 1 Minute kam er in der Nacht nach Hause, gerade wie der „neue Tag“ angebrochen war.

In derselben Nacht weckt ihn seine Frau und ruft schreidend: „Leon, Leon! Unter unserem Bett höre ich einen Einbrecher königlichen.“ „Löss'n noxe ruhig schloß, Maria“, gibt er zur Antwort, „wanner morgé früh aufwacht, warrn mer ihm die Nachmung sors Nachlogis schun präsentiere.“

Schon als kleiner Bub war er ein Original. Als ihm einmal seine Mutter sagt: „Ja, ja, Leonste, du bist grad um Mitternacht geboren“, fragte er sie ganz erstaunt: „Ja, Mudder, how ich dann so lang uff bleiwe dörse?“

Leider hat ihn ein Schutzmann erwacht. Im Bülowplatz war's. Steht da, in der einen Hand eine Mütze, in der anderen eine Gitarre, im Gesicht die blaue Brille seines Schwagers und sammelt Liebesgaben für seine notleidende Familie ohne Bezeugungsschein. — Sagt der Schutzmann: „Begleiten Sie mich,“ sagt er ganz höflich, ganz gegen seine Gewohnheit: „Amwer recht gären, Herr Wachtmeister, was wolle se dann singe?“

Und als ihn Fräulein Lisbeth M. einmal fragt: „Warum trage Se dann eigentlich Spore, wu Se doch garnit reite,“ stellt er grob die Gegenfrage: „Warum trage Se dann Feddere uff ihr'm Hut, un lege doch lä Tier?“

Das Neueste aber, das er sich geleistet hat, ist ein satirisches Trauerspiel für beliebig viele Personen unter dem Titel „Märkte Fröhle seine Fraa Ihr Spinnneweb — e Schick zum Schäbbelache in im Uffzug“ im Selbstverlag des Verfassers. Mehr dürfen wir heute nicht verraten, das muß er selbst tun.

Die Geldsucht. — Eins unserer rüdigsten und trunksüchtigsten Mitglieder aus Bad Dürkheim wurde von einer neuen Krankheit, „Der Geldsucht“, besessen, die sich vornehmlich darin äußert, daß er jeden Zeitungsredakteur rasiert will und hartnäckig auch seinen besten Freunden seinen Weinkeller verschließt. — Die Zeige stehen vor einem 2 × 2 Silbenrätsel. — Das letzte Bulletin lautet: Puls unruhig, Gang schwankend, 's M... und in fortgeschreiteter Bewegung. Um ihn trauen der Vorstand, eine junge rothaarige Witwe und einige Enkelkinder. — Hoffnung auf Besserung in den nächsten 25 Jahren ganz ausgeschlossen.

Aus der Heimat.

Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat aus Anlaß eines vom Heimat- und Königsbund an seinem Geburtstage zugunsten der Malshilfe veranstalteten Konzerts 1 Million Mark für den gleichen Zweck gestiftet.

Mannheim. In dem von den Franzosen besetzten Mannheimer Hafen brach in der Betriebshalle der Mannheimer Dampfschiffahrtsgesellschaft ein Großfeuer aus. Die Berufsfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr mußten sich auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Die Werkhalle, die eine wertvolle Ausrüstung in Werkzeugmaschinen enthielt, brannte bis auf den Grund nieder. Der Schaden ist sehr bedeutend. Da die Franzosen Polizei nicht zuließen, mußte die Feuerwehr die Absicherung selbst vornehmen.

Anneville. Die durch die Ortsgruppe Anneville „Die Naturfreunde“ erbaute Blockhütte auf dem nahen Ebersberg wurde eröffnet. Der Ort zeichnet sich durch eine herrliche Aussicht in das Queichtal bis zur Rheinebene aus und wird wohl in Bälde ein beliebter Ausflugsplatz werden.

Allgemeines.

Die Teuerungszahlen im April (Reichsindecker) nach Feststellung des statistischen Reichsamtes: Weizenfels 216 800, Magdeburg 230 500, Dresden 231 700, Leipzig 236 800, Berlin 243 850, Reichsdurchschnitt 249 400, Stuttgart 251 800, Hamburg 253 350, München 256 700, Essen 261 700, Augsburg 270 000, Karlsruhe 271 650, Darmstadt 275 550, Frankfurt a. M. 276 450, Köln 282 350, Zweibrücken 297 250, Ludwigshafen a. Rh. 308 850. — Sonach war die Pfalz im April die teuerste Gegend, während Berlin noch unter dem Reichsdurchschnitt liegt.

Grenzsonderzüge ab Berlin verkehren wieder im Juli und August. Die Tagespresse, z. B. der „Berliner Lokalanzeiger“, 1. Hebl. seiner Morgenausgabe vom 29. Mai, Nr. 246, macht darüber ausführliche Angaben, die wir hier wegen Raumangabe leider nicht alle bringen können. — Wohlzuend fällt dabei auf, daß die Zahl der Züge wesentlich vermehrt worden ist, wodurch die Preisverdoppelung allerdings nicht gerade schmächter wurde. Es werden sahnen: nach der Ostsee 1 Zug im Juni, 11 im Juli, 4 im August; Nordsee 3 im Juli; Harz- und Riesengebirge 1 Zug im Juni, 5 im Juli, 1 im August; Sächs. Schweiz 1 Zug im Juli; Thüringen 3 Züge im Juli; Harz 6 Züge im Juli, 1 im August; Sauerland und Köln 1 Zug im Juli, 1 im August; Baden und Schwarzwald 2 im Juli; Württemberg 3 im Juli; München und Oberbayern 2 im Juni, 10 im Juli, 1 im August; Ostpreußen 1 im Juni, 8 im Juli und 1 im August. Man sieht, daß Juni und August sehr schlecht, Mai und September überhaupt nicht bedacht sind und das ist sehr bedauerlich. Im Juli und August reist jeder, der kann, die meisten davon um jeden Preis. Juli- und August-Reisende sind die vermögenderen, sie machen ihre Pläne schon nach Neujahr und schon vor Ostern schließen sie ab, oder fahren mit ihrem Geld aufs Geratewohl. Durch die Maßnahmen der Eisenbahn wird der ohnedies starke Andrang in den Bädern und Sommerfrischen unliebsam verstärkt und den großen Firmen die Verteilung des Urlaubs auf vier bis fünf Monate ungemein erschwert. Weiter ist noch zu bemängeln, daß diese Sonderzüge viel zu spät bekannt gemacht werden, und zwar zu einer Zeit, wo die weniger Bemittelten, denen doch dieser Vorteil allein zukommen soll, schon längst mit den Pensionsinhabern abgeschlossen haben und nun pünktlich antreten müssen. Auf diese Weise ist es mir und wohl vielen Tausenden bis jetzt noch nicht gelungen, einen solchen Sonderzug zu erwischen. Die armen Gasthofbesitzer, Pensionsinhaber usw., die jetzt bestürmt werden mit Anfragen: „Kann ich vielleicht schon oder erst dann und dann kommen, um einen günstigen Sonderzug auszunutzen,“ haben jetzt nichts zu lachen und können sich eine Schreibhilfe zulegen. Die Karten haben zwei Monate Gültigkeit, für die Hin- und Rückfahrt nur in Sonderzügen, Fahrt beliebig, aber bei Schnellzugbenutzung nur gegen den üblichen Zuschläge. Die Sonderzüge nach Mannheim fahren ab Ank. Bhf. 4 Uhr 8 Min. nachm. am 5. und 15. Juli. — Fahrplanverlauf ab 21. Juni M. 47 000 3. Klasse.

Ein menschenfreundlicher Wirt haust auf Unterstamm im Schwarzwald, den man sich gut merken muß. Um Weihnachten unternahmen sechs Mannheimer Bankbeamte eine Wanderung auf die Hornisgrinde und erreichten infolge heftigen Schneefreibens erst nachts 2 Uhr das Gasthaus, doch der Wirt war durch kein Bitten zu bewegen, die durchfrorenen Skiläufer aufzunehmen, weil sie die vorherige Anmeldung unterlassen hatten. Trotz Hinweis auf die schwere Verantwortung, wies er die Besauernswerten von der Schwelle und die Folgen der Nacht blieben nicht aus. Fünf der Herren kamen mit schweren Erkältungen davon, aber der schwächste, ein bekannter Skiläufer, erlag am Weihnachtsfeiertage einer doppelseitigen Lungenentzündung, eine junge Frau und ein kleines Kind zurücklassend. (Mitgeteilt vom Odenwaldklub Mannheim.)

Waldesfrieden.

Wist du im Wald gegangen zur stillen Abendzeit?
Wenn liebend dich umfangen die traute Einsamkeit.

Wenn hinter seinen Räumen der Mond am Himmel steht
Und in den weiten Räumen der Abendfrieden geht?

Hast du da nicht empfunden die Worte traut und still,
Die in geweihten Stunden der Wald dir sagen will?

„O Mensch, hat dich betrogen die Welt in Hass und Neid,
So komm' zum Wald gezogen, vertraue ihm dein Leid.“

Hier in den weiten Hallen wohnt Friede nur allein.
Da magst du einsam walzen und stille glücklich sein.

W. Daniel

Angebliche Saarflüchtlinge.

Wir sind von verantwortlicher und maßgebender Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß berechtigter Verdacht besteht, daß nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks im Saargebiet „Streikbrecher“, die, um der klängenden Frankenlöhnnung willen, Vertrat an ihren deutschen Arbeitsbrüdern geübt haben, nunmehr, weil ihnen der Boden zu heiß wurde, das Saargebiet verlassen haben und versuchen, als angebliche Flüchtlinge Unterstützungen bei den in Frage kommenden Stellen im unbesetzten Deutschland zu erlangen.

Wir warnen alle Ortsgruppen und Mitglieder vor solchen verdächtigen Personen und bitten, in etwa vorkommenden Fällen uns Mitteilung zu geben.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Rhein, Ruhr und Saar!

Der „Saar-Verein“ spricht immer wieder die dringende Bitte aus, bei allen Kundgebungen, die sich mit dem vergewaltigten Westen des Vaterlandes beschäftigen, in Versammlungen, in Aufrufen, bei Sammlungen, in der Presse, in den Volksvertretungen usw.

die Saar ausdrücklich mitzubenennen.

Die Kämpfer an der Saar wollen mitgenannt sein!

Sie wollen es hören und sehen, daß man ihre vorbildliche Treue kennt. Es kann und darf somit nur von der Treue am Rhein, an der Ruhr und an der Saar gesprochen werden.

Die deutsche Haltung der Bevölkerung an der Saar, die allen Gefahren, Leiden und Versuchungen der Fremdherrschaft zum Trotz offen zutage tritt, ist einer der wenigen wirklich wichtigen Aktiv-Posten unserer Politik; ihn zu erhalten und zu pflegen ist vaterländische Pflicht, und dazu kann die ausdrückliche Erwähnung der Saar bei allen Kundgebungen mithelfen.

Rhein, Ruhr und Saar"

Ist ein guter Dreiklang, der kurz und treffend drei bezeichnende Stufen zum Ausdruck bringt, in denen sich bisher französisches Gelüsten nach deutschem Land, deutschen Bodenschätzen und deutscher Arbeitskraft kundgegeben hat:

die Saar, das Gebiet, das entgegen dem ausgesprochenen Willen der Bevölkerung einer landfremden, selbstherrlichen „Regierung“ unterstellt ist,

der Rhein, das Gebiet, das auf Grund des Diktates von Versailles unter einer Militärdiktatur schmachtet,

die Ruhr, das Gebiet, in das der Feind ohne jede Rechtsgrundlage eingebrochen ist.

Wir bitten, unsern Wunsch nicht nur selbst zu berücksichtigen, sondern auch weiterzuleiten und zu verbreiten, so gut es geht.

Der Bund und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Die neue Monatschrift

Elsaf-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrage der Altsässer u. Allothringen im Reich von Dr. Robert Ernst, unterrichtet über Geschichte, Kultur, gegenwärtige politische Entwicklung, Wirtschaft, Literatur des Landes.

Aus dem Inhalt der ersten Nummern:

Elsässische Selbstbehauptung / Von den inneren Gründen des „Unbehagens“ in Elsaf-Lothringen (R. Ernst) / Deutsch-Lothringen (F. Urban) / Von elsässischer Freiheit und Einheit (C. Sigwart) / Elsaf-Lothringen und die Ruhrbesetzung (R. Ernst) / Die neutrale Republik Elsaf (J. Steiner) / Die Lage der Landwirtschaft im Elsaf (K. Jung) / Der neue Rechtszustand in Elsaf-Lothringen (M. Schwalb) / Der kirchliche Protestantismus im französischen Elsaf. Eine Tragödie? (A. Kreidels) / Trennung von Kirche und Staat und Elsaf-Lothringen (P. L.) / Ein historisches Volkslied von Colmars Übergang an Frankreich (Müller-Blattau) / Literarische Beiträge von Friedrich Eisenhardt, Christian Schmitt, Marie Hart, Lina Ritter u. a. / Bücherbesprechungen / Politische Rundschau / Pressebau (Elsaf-Lothringen, Deutschland, Frankreich, Ausland).

Beginspreis vierteljährlich für Deutschland und Deutschösterreich: bei Postbezug 750,- M. (Bestellung bei der zuständigen Postanstalt); bei Zeitungsbezug 1000,- M. (Bestellung durch Einzahlung auf Postscheckkonto Dr. Robert Ernst, Nr. 109799, Berlin). Für das Ausland Jahresbezug: Frankreich 8 francs, Franken, Schweiz 4 schweiz. Franken, übriges Ausland 1 Dollar (amerik.) — Einzelhefte 500,- M. (einschl. Porto) von der Schriftleitung: Berlin W. 30, Postfach 112, Nr. 5.



Friedrich Klein
SW. 68, Alte Jakobstraße 19
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

Elektro-Motore!

nur erstkl. Fabrikate,
ab Lager oder kurzfristig lieferbar.
Ing. - Büro Faust
Berlin W. 15,
Meierottostr. 1.
Fernruf: Pfalzburg 92.

Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 182-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 182-184
Telegramm-Nr. „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz
für Auslandsschäden gegebenen

Reichsschatzwechsel

zu fulanten Bedingungen.
Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und
Fälligkeiten erforderlich.